NEUTRAL FREE PRESS Diese Wochenzeitung gibt's auch im ABO! SEITE 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER Seite 6

Ein Jahr Schauspieler-Protestaktion #allesdichtmachen, Seite 4 Foto: DW/privat

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 87 ab Samstag 23. April 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



Foto: DW/privat

Friedlich zusammen gegen den Zivilisationsbruch – für Menschenrecht, Nürnberger Kodex und das Grundgesetz in Wortlaut und Sinngehalt: Berufsfeuerwehr am 12. März 2022 in Berlin. | INTERVIEW Seite 4

HERMANN PLOPPA ANALYSIERT CHINESISCHEN HORROR-LOCKDOWN Seite 9

VERNUNFT GEGEN DEN IRRSINN DER MACHT

Von Werner Meixner

Wenn die Lüge sichtbar wird, siegt die Wahrheit. Und so wurde das Jahr der Lüge in nie dagewesener Weise zum Jahr der Wahrheit, in dem die politische Lüge für jedermann sichtbar entlarvt wurde durch die freie Wissenschaft und die unabhängigen Medien.

Ich spreche vom Jahr 2020, in dem ein Pandemieplan entfesselt wurde, der auf die weltweite Impfung der Menschheit abzielt. Die Politik propagierte als eine unbestimmte Art von Notstandsgesetzgebung eine sogenannte »epidemische Lage von nationaler Tragweite«, verursacht durch eine angeblich gefährliche Pandemie, vor der einzig eine Impfung in Verbindung mit nie dagewesenen Grundrechtseinschränkungen Schutz bieten könne. Wenn die Aussagen der Politik der Wahrheit entsprechen würden, dann läge tatsächlich eine Situation vor, die möglicherweise massive Einschränkungen rechtfertigen würde. Ein Richter, der über die Zulässigkeit der Einschränkungen urteilt, muss die Wahrheit dieser Aussagen prüfen und nicht lediglich die Tatsache, dass die Regierung diese behauptet. Die Politik muss einen Nachweis vorlegen, dass ihre Aussagen über die Wirklichkeit mit hoher Geltungswahrscheinlichkeit wahr sind. Es geht auch in der Politik um die Wahrheit als Geltung von Aussagen. In der juristischen Sprache geht es insbesondere um die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen. Vernünftige Fristen für die Prüfung dieser Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseinschränkungen in Deutschland wurden längst überschritten; folglich lebten wir auch im Jahr 2021 in einem rechtsfreien Raum (ebenso 2022). Das Rechtssystem in Deutschland hat sich selbst ausgelöscht und der Staat degenerierte zur Räuberbande im Sinne des heiligen Augustinus.

Weiterlesen auf Seiten 12 und 13

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 87. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Der unbestechliche Professor

Der Preis der Republik geht an Michael Meyen

LAUDATIO von Burak Erbasi



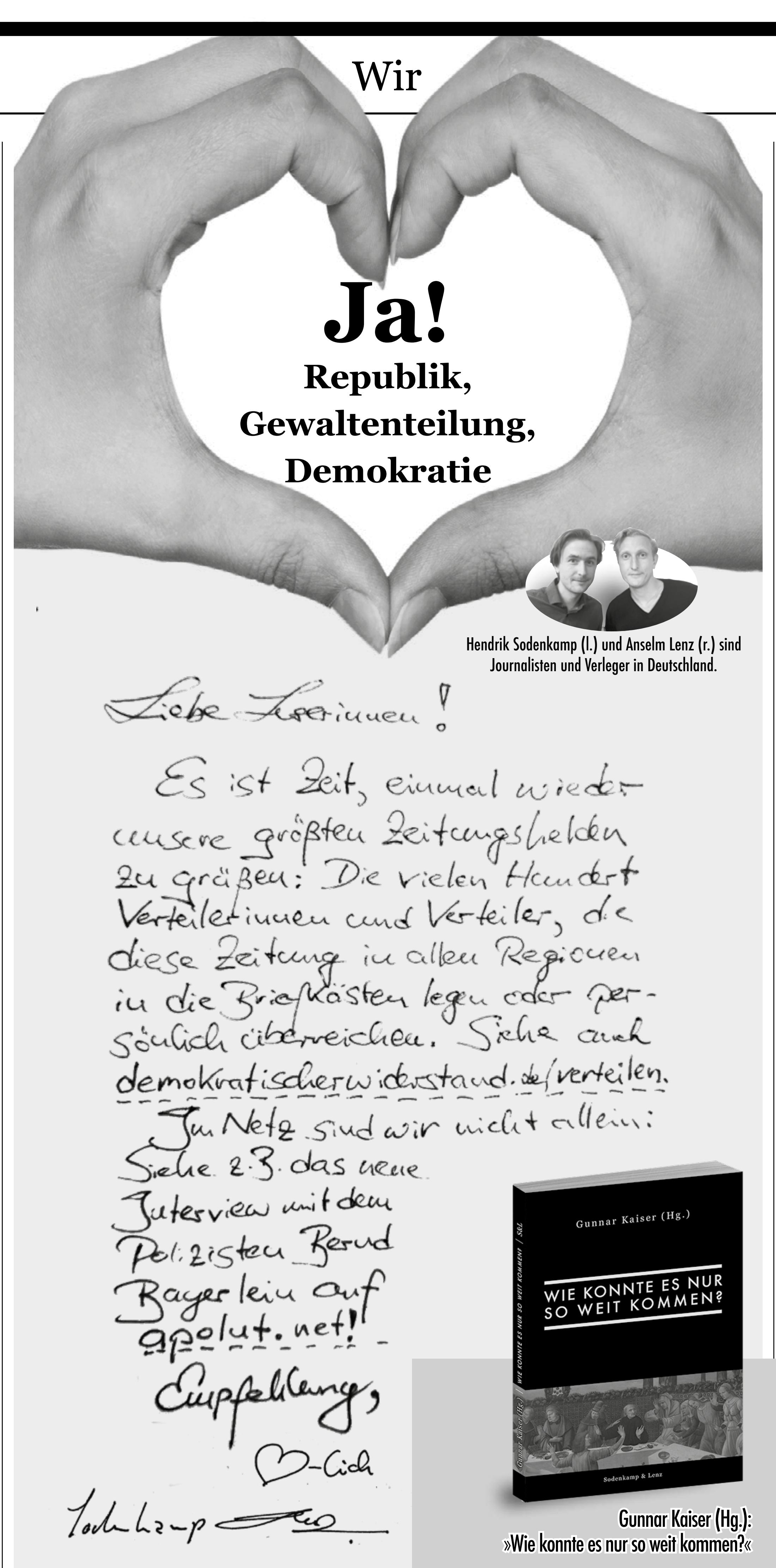
Schon lange vor Beginn der neuen Normalität forschte der Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen aus München zur Entstehung von Medien-Realitäten. Damals wie heute macht er dort weiter, wo manch anderer Wissenschaftler vielleicht einknickt.

Auch wenn seinen Lehrveranstaltungen massiver Gegenwind in den Leitmedien entgegenzischt, zieht er diese konsequent durch. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit und das Anhören von Gegenstimmen hütet der Kommunikationsforscher, indem er breiten Debatten einen Raum bietet. In der neuen Normalität gab er dem Schauspieler Volker Bruch im Rahmen von #allesaufdentisch ein Interview über die sogenannten Faktenchecker. Damit bereicherte er die Demokratiebewegung mit hilfreichen Erkenntnissen über dieses Medienphänomen. Sein unerschrockenes Wirken mitten im Sumpf der akademischen Konformisten zeigt eindrücklich: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Widerstand gegen das Lügenregime ist auch im Lehr- und Forschungsbetrieb möglich.

KORREKTUR: An dieser Stelle verliehen wir im DW 86 dem vorangegangenen Preisträger, Henning Rosenbusch, erneut den Preis der Republik. Wir entschuldigen uns bei den Geehrten und drucken nun die Laudatio auf den unbestechlichen Prof. Michael Meyen korrekt ab.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Michael Meyen. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leserinnen!

Es ist Zeit, einmal wieder unsere größten Zeitungshelden zu grüßen: Die vielen Hundert Verteilerinnen und Verteiler, die diese Zeitung in allen Regionen in die Briefkästen legen oder persönlich überreichen. Siehe auch demokratischerwiderstand.de/verteilen.

Im Netz sind wir nicht allein: Siehe z.B. das neue Interview mit dem Polizisten Bernd Bayerlein auf apolut.net!

Empfehlung,

♡-lich

Sodenkamp Lenz

Gunnar Kaiser (Hg.):
»Wie konnte es nur so weit kommen?«

S & L Berlin, Dezember 2021. 130 Seiten, 15 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel ohne G an der Ecke.



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Das Unbewegliche

EINWURF *von Werner Köhne*

In der Werbung hat sich ein Objekt mit hoher Wertschöpfung in den Vordergrund geschoben: Immobilien. Sie verfügen über zwei Merkmale, die sie gerade in unserer heutigen Zeit für Käufer und Verkäufer äußerst attraktiv machen. Sie bieten genuin nachhaltiges Eigentum, die wohl nach wie vor härteste Währung in der bürgerlicher Identität.

In einer Zeit der Verflüssigungen aller Verhältnisse bewirken sie eine Renaissance des dauerhaft Sinnlichen. Der Handel mit Häusern und Eigentumswohnungen kommt dabei notariell recht erhaben daher, alles wirkt irgendwie handfest und erdnah, bietet inzwischen ja auch mehr Sicherheit als die Rente. Aber die Sache hat einen Haken: Der Handel mit Immobilien nimmt an der allgemeinen modernen Verirrung teil, dass Wertzumessungen über Nacht im Vollzug von Alarmismus und Gier geradezu explodieren können.

Das alles riecht schon arg nach der Blasen- und Erregungskultur, die Corona in die allgemeine Mentalitätsgeschichte eingebracht hat. Hinter den Masken der realen und potentiellen Hausbesitzer wuchert eine Arithmetik der Quadratmeterzahl, eine Topografie der guten Lage und eine Schnäppchenmentalität, die vor allem die obere Mittelschicht erfasst hat. Wer kann schon einen Kredit bei einer Bank von mehr als einer halben Million erhalten, wenn er nicht wenigstens 30/40 Jahre jung und dabei Ingenieur oder Ärztin ist.

Einst machte in Berlin das Narrativ die Runde, dass Erben aus Tübingen und Rosenheim ihren Lebensstil bewusst in dieser damals noch sexy-abgetakelten Stadt auf Vordermann bringen wollten, bis sie dann nach dem Ableben ihrer betuchten Erzeuger plötzlich über Gelder und Immobilien verfügten – das schuf an der Spree die Latte Macchiato-Kultur. Diese ließ Taxi fahrende Promovierte gegenüber den Besitzern und Eigentümern immer deutlicher zu Verlierern werden. Seit zwei, drei Jahren machen nun die Erben aus Tübingen und Rosenheim zum zweiten Mal Reibach. Irgendwie macht das alles Sinn. Die hysterisch betriebene Biopolitik lässt die Realität des Klassenkampfes in Dampf aufgehen.

VORMARSCH DER IMPFFANATIKER

Vertreter von Zwangsimpfungen verfolgen eine totalitäre Nazi-Agenda. | Von Markus Fiedler

Impf-Sklaverei? Nicht mit dieser Demokratin. Foto: Sandra Doornbos

Die Corona-Maßnahmen zeigen auf verschiedensten Ebenen Parallelen mit einem totalitären Unrechtsstaat. Es geht zentral darum, dass die Machthaber im Staat möglichst alle Volksgenossen grundgesetzwidrig ihrer Freiheit berauben und zur Impfung zwingen wollen. Das ist auch vor dem historischen Hintergrund bis hin zur Kaiserzeit eine eindeutig faschistische Ideologie, die hier vorangetrieben wird.

Wichtig dabei ist, dass die neuartigen sogenannten Impfungen in Wahrheit Genmanipulationen sind, also gezielte genetische Eingriffe in den Wirtsorganismus. Genmanipulationen am Menschen oder das *Gene-Editing* werden von selbsternannten Transhumanisten vorangetrieben. »Transhumanismus« ist nichts weiter als ein blumiges Wort für »Eugenik«. Der wesentliche Unterschied zwischen den italienischen Faschisten unter Mussolini und den deutschen Nazis war eben jene Eugenik. Alle Politiker, die hier eine zwangsweise Genmanipulation der Bevölkerung unter dem Deckmantel einer Impfung fordern, sind demnach Anhänger eines wesentlichen Merkmals der Nazi-Ideologie.

»IMPFEN MACHT FREI«

Karl Lauterbach wird im Januar 2021 von *Die Zeit* zitiert: »Die Freiheit gewinnen wir durch die Impfung zurück.« Dieses Zitat entspricht inhaltlich exakt dem provokativen Spruch »Impfen macht frei«. Damit sei aber der Tatbestand der »Volksverhetzung« erfüllt, so urteilte unter anderen das Landgericht Augsburg einen 60-Jährigen ab, der mit dem Spruch auf Parallelen zwischen der Corona-Politik und dem dritten Reich aufmerksam machen wollte. Das Zitat war stilistisch auf einem Foto an das KZ-Tor mit dem Spruch »Arbeit macht frei« angelehnt. Man kann so wie ich die Verknüpfung der Corona-Politik mit den Geschehnissen im KZ Buchenwald geschmacklos finden. Provozieren und aufrütteln sollte sie in jedem Fall. Der Straftatbestand der »Volksverhetzung« dient eigentlich dazu, rechtsradikale Äußerungen unter Strafe zu stellen, insbesondere wenn diese zu weit gehen.

Dieses Urteil kann ich daher nicht mehr als versehentliches Fehlurteil abtun. Noch dazu, wenn das streitgegenständliche Zitat offenbar ablehnend (aversiv) benutzt wird. Und warum, fragt sich der geneigte Zuschauer, werden nicht Karl Lauterbach und mit ihm so viele andere Politiker abgeurteilt, die sich inhaltlich identisch geäußert haben? Noch dazu in eindeutig zustimmender (affirmativer) Form. Ein eindeutiger Doppelstandard. »Alle sind gleich, aber manche sind gleicher.«

IMPFSTERBEN GEHT WEITER

Die Gen-»Impfungen« fordern dabei immer mehr Tote. Laut impfnebenwirkungen.net sind europaweit derzeit insgesamt 24.252 Todesopfer nach Impfungen in der EudraVigilance-Datenbank der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) registriert. Die Zahlen sind mindestens um das Fünffache niedriger als die realen Todesfälle. Insgesamt wurden mit Stand vom 18. April 2022 unglaubliche 6,2 Millionen Nebenwirkungen von insgesamt 1,7 Millionen Betroffener in der EMA-Datenbank gemeldet.

Karl Lauterbach erdreistet sich aber, immer neue abstruse und absolut unhaltbare Äußerungen zu den Corona-Maßnahmen zu tätigen. Er twitterte am 14. April 2022 auf Basis der Vorabveröffentlichung einer noch nicht gegengelesenen amerikanischen Studie (Ryan K. Masters, Laudan Y. Aron, Steven H. Woolf: CHANGES IN LIFE EXPECTANCY BETWEEN 2019 AND 2021: UNITED STATES AND 19 PEER COUNTRIES), dass »Deutschland im Vergleich zu vielen Industrieländern bisher eine geringere Senkung der Lebenserwartung« habe. Schaut man sich eben selbige Studie genauer an, ergibt sich das gegenteilige Bild. Insbesondere im Vergleich zu Schweden, ein Land ohne nennenswerte Corona-Maßnahmen, erlebte Deutschland tatsächlich einen massiven Einbruch der Lebenserwartung. Der Arzt Dr. Friedrich Pürner forderte deswegen den sofortigen Rücktritt von Lauterbach. Entweder lügt Lauterbach wie gedruckt, oder aber er ist gar nicht fähig, medizinische Studien zu verstehen – oder beides.

LEITMEDIEN HABEN KOMPLETT VERSAGT

Mit einem Jahr Verspätung kommen die zahlreichen Impfnebenwirkungen bis hin zu Todesfolgen auch endlich in den Leitmedien an. Als Frühwarnsystem sind diese allerdings nicht zu gebrauchen. Wegen der fehlenden zeitnahen, objektiven Berichterstattung in den Leitmedien ist ein Großteil der Bevölkerung gnadenlos den Interessen der Pharmaindustrie und deren Lobbyisten ausgeliefert. Lauterbach ist da nur ein Negativbeispiel unter vielen.

Und es hatte frühzeitige Warnungen gegeben, noch bevor die Gen-»Impfungen« weltweit begannen. Schon im Dezember 2020 wurde in der Fachzeitschrift *v* der American Heart Association eine Studie veröffentlicht, die klar nachweist, dass Spike-Proteine die Endothelzellen (innerste Zellschicht der Blutgefäße) schädigen und dem Herzen schaden. Aber dieses Forschungsergebnis und andere frühzeitig vorliegende Ergebnisse wurden nicht wahrgenommen, absichtlich unterdrückt oder aber in ihren Aussagen verfälscht. Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Artikel ist zusätzlich mit allen Fußnoten unter demokratischerwiderstand.de/artikel zu finden.




Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

KEINE MASKEN MEHR IN AMERIKAS ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN

Tallahassee/DW. Die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln wurde durch die Bundesrichterin Kathryn Kimball Mizelle in den USA aufgehoben. Die Einhaltung wird derzeit nicht mehr kontrolliert.

In den Kreisen der »Demokraten« reagierte man mit Enttäuschung auf diese Entscheidung. Die US-amerikanische Gesundheitsbehörde CDC empfiehlt weiterhin das Tragen von Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln. (nir)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	Ø 2016-19	2020	2021	2022
Jan.	86.964	84.980	106.579	88.407
Feb.	85.543	80.030	82.090	81.510
Mär.	90.112	87.396	81.798	92.622
Apr.	76.367	83.830	81.710	
Mai	75.132	75.835	80.816	
Jun.	70.411	72.159	76.726	
Jul.	74.016	73.795	76.600	
Aug.	73.650	78.742	76.334	
Sep.	69.790	74.243	77.758	
Okt.	75.523	79.781	84.850	
Nov.	75.569	85.989	93.524	
Dez.	82.570	108.329	102.396	
insgesamt	909.389	985.572	1.021.181	169.917

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

GROSSES FRAGEZEICHEN

Berlin/DW. Im baden-württembergischen Boxberg-Bobstadt soll es laut Meldung des regierungsnahen *SWR* am Mittwoch, den 20. April 2022 zu einem Schusswechsel zwischen Polizei und einem Anwohner gekommen sein. Anlass des Polizeieinsatzes soll der Einzug einer Waffe gewesen sein. Im Nachhinein wurde von Regierungsstellen verkündet, dass es sich bei dem Anwohner um einen sogenannten Reichsbürger gehandelt haben soll. Ein Begriff, der in der Forschung umstritten ist. (hes)

RECHTSAUSSEN GEHT

Berlin/DW. Die Co-Parteichefin der Linkspartei Susanne Hennig-Wellsow trat am Mittwoch, den 20. April 2022 von ihrem Amt zurück. Als Grund schob sie den parteiinternen Umgang mit Sexismus in Hessen vor, dem Bundesland ihrer Mit-Vorsitzenden Janine Wissler. So soll es nach Meldung des Spiegel jahrelang Übergriffe gegeben haben, wobei ausgerechnet ein ehemaliger Lebensgefährte von Wissler zu den Beschuldigten gehört. Hennig-Wellsow gehörte dem ultrarechten Flügel der Linkspartei an und stimmte am 7. April 2022 für die allgemeine Zwangsspritze. (hes)



Feuerwehrmänner bei »Demokratie im Mauerpark« am 12. März 2022 in Berlin. Foto: DW/privat.

Rote Linie: Feuerwehr steht auf!

Mitglieder der Berufsfeuerwehr bilden Corona-Maßnahmenkritische Verbände und suchen nach Verstärkung. | DW-INTERVIEW

Warum wollen Sie als Berufsfeuerwehrleute keine Auskunft über Ihren »Impf«-Status geben?
Wir sind der Meinung, dass der Impfstatus eine höchstpersönliche Information ist und nicht jedem diese Information zusteht. Zumal es sich hier um einen »Impfstoff« handelt, der noch in der Erprobung ist – und wie neueste Informationen zeigen, alles andere als sicher ist. Zudem bieten die Substanzen keinen Fremdschutz und nur einen eventuellen geringen Eigenschutz. Allem voran, wollen wir uns an keiner Spaltung beteiligen.

Welche Auswirkungen hatte dies für Sie und Ihre Kollegen?
Nach bisherigen Kenntnissen noch keine, außer, dass wir alle an das Gesundheitsamt gemeldet wurden. Auch die Kollegen, die nicht im Rettungsdienst eingesetzt sind. Wir sind im engen Kontakt mit einigen Anwälten, sind aber offen für neue anwaltliche Kontakte.

Können sich Feuerwehrleute bei Ihrem Verband melden und wenn ja, wie können sie am besten den Kontakt aufnehmen?
Wir sind weiterhin auf der Suche nach Kontakten zu anderen Feuerwehrleuten aus Berlin und auch aus dem gesamten Bundesgebiet, um uns weiter zu vernetzen. Unsere Mailadresse, an die sich jeder Kollege melden kann, lautet: *feuerwehrgemeinschaftberlin@protonmail.com.*

War die Ablehnung des »Impf«-Zwanges auf Druck der Demokratiebewegung am 7. April für Sie ein gutes Ereignis?
Wir haben diesen Ausgang der Abstimmung sehr begrüßt und waren erfreut, dass doch ein großer Teil der Politiker im Bundestag für eine freie Entscheidung einstehen. Dennoch gilt weiterhin die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Diese muss sofort wieder abgeschafft werden, da diese »Impfstoffe« keinen Nutzen haben. Sie schützen weder vor Ansteckung noch vor Weitergabe – und ob sie vor einem schweren Verlauf schützen, hat selbst der Virologe Hendrik Streeck vor kurzem in Frage gestellt. Es gibt keine Gründe mehr für diese Impfpflicht!

Wie kommen wir aus Ihrer Sicht zu grundgesetzkonformen Zuständen und einem menschlichen Umgang, der wieder im Einklang mit dem Nürnberger Kodex steht – dem Verbot von ungefragten Medizinexperimenten?
Rückabwicklung aller Coronagesetze! Aufklärung mittels Untersuchungsausschuss! – Um solche Vorgänge wie unter »Corona« zukünftig zu verhindern, sollte es eine Verfahrensweise geben, in der eine echte Expertengruppe über das Für und Wider sämtlicher Maßnahmen diskutiert und in der auch Experten sitzen, die nicht der gleichen Meinung sind, sondern auch widersprechen können und auch sollten. Wir sollten uns doch die Frage stellen, wieso in anderen Ländern Medikamente zur Therapie eingesetzt werden und in unserem Land diese Medikamente schlechtgemacht werden!

Die Fragen stellte Anselm Lenz. Der Feuerwehrsprecher möchte zunächst anonym bleiben.

WO SIND DIE KÜNSTLER?

Nach einem Jahr #allesdichtmachen. Resümee der DW-Redaktion

Lange Monate fragte man sich, wo die kritischen Künstler waren. Die Vielen, die seit über einem Jahr Auftrittsverbote, Drehverbote, Spielverbote zu erdulden hatten, manche ohne Einkommen bereits am Rande der Existenz, das Ersparte längst aufgezehrt, und eben nicht nur die, die verständlicherweise artig maskiert beim Staat um Geld baten. Denn ist nicht Kritik die ureigenste Aufgabe der Kunst?

Doch dann endlich dröhnte es vor einem Jahr wie ein Paukenschlag durch die sozialen Medien: #allesdichtmachen. Sage und schreibe 50 Schauspieler, bekannte und weniger bekannte, alle mit ungeheurem Mut und jeder mit einem eindrucksvollen Video geistreich, ironisch, aufrüttelnd, positionierten sich gegen die unverhältnismäßigen Regierungsmaßnahmen. Wie ein Orkan schien die Aktion durchs Land zu fegen.

Doch den ersten Protagonisten ging bereits nach einem Tag die Luft aus. Das Internet war dann doch irgendwie Neuland gewesen, und wer hätte auch ahnen können, dass es Gegenwind geben würde von einem aufgehetzten Mob, Medien und Politikern, die seit einem Jahr alle Kritik kurz und klein diffamiert hatten?

Bis heute hat über die Hälfte der Beteiligten die Videos zurückgezogen. Einige krochen reumütig zu Kreuze und entschuldigten sich öffentlich. Umso mehr gebührt denen Hochachtung, die bis heute zu ihren Aussagen stehen oder sogar weiter im Widerstand zu vernehmen sind. Überdies gilt jedem einzelnen unser Dank und unser Respekt, es zumindest versucht zu haben. Auch wenn die Enttäuschung – bei allem Verständnis – groß ist und das Zurückrudern dem Widerstand vielleicht mehr geschadet, als die gesamte Aktion genutzt hat.

#Allesdichtmachen war trotz allem eine große und wichtige Aktion, die uns vor Augen geführt hat, wie schnell eine Gesellschaft ohne die Freiheit der Kunst ins Rutschen gerät.



Schauspielerin Heike Makatsch distanzierte sich nach der Protest-Aktion von »Rechten«. *Foto: gemeinfrei*

STURMGESCHÜTZE DER DEMOKRATIE

Die SPD wird die Geister, die sie rief, nicht mehr los, und der Inlandsgeheimdienst schwurbelt sich eine antijüdische Weltverschwörung herbei. | Von Hendrik Sodenkamp

Die SPD konnte in dieser Woche eine Ahnung davon erleben, mit welcher Wucht die transatlantischen Kriegstreiber über Institutionen und Personen herfallen, die nicht alles für die Eskalation tun.

Dabei war es der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) selbst gewesen, der im Bundestag die Zeitenwende verkündet hatte, welche bisherige zivilisatorische Standards über Bord warf. Weil er und Teile seiner Partei sich jedoch weigerten, Panzer in die Ukraine zu liefern, um den Krieg weiter zu befeuern, geriet er in heftige Kritik.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), die sich Mecklenburg-Vorpommern als übereifrige Corona-Hardlinerin hervortat, muss jetzt um ihren Posten bangen, weil sie in den vergangenen Jahren das Nord-Stream-2-Pipelineprojekt mit Russland gegen den Widerstand von Washington und dessen Wirtschaftssanktionen unter Freunden nach vorne brachte. Mitleid mit der SPD fällt angesichts der desaströsen Bilanz der letzten Jahre und Jahrzehnte schwer. Allein die Kanzler-Aussicht auf den Blackrock-Lobbyisten Friedrich Merz (CDU), der sich im kriegslüsternen Furor der durchdrehenden linksliberalen Journaille als amtlicher Waffenbruder präsentiert, ist wohl noch düsterer.

ÜBERALL ANTISEMITEN

Innenministerin Nancy Faeser (ebenfalls SPD) ließ ihren Chef des Inlandsgeheimdienstes Thomas Haldenwang am Mittwoch, den 20. April 2022 ein Lagebild zum Antisemitismus vortragen. Darin wird ohne Belege und in bezeichnend schwammiger Sprache zu den Social-Media-Kanälen der Demokratiebewegung behauptet: »Antisemitismus ist als ›Grundrauschen‹ in einem Großteil aller einschlägigen Gruppen zu verzeichnen. Der Antisemitismus fungiert hier oftmals als kleinster gemeinsamer Nenner.« Aha, man lernt immer etwas Neues. Für Interessierte: Der Verfassungsschutz hat auf Betreiben der Bundesregierung in seinem Lagebericht einfach mal so die Definition von sekundärem Antisemitismus geändert. Um wenigstens irgendwelche Bebilderung für eigene krude Verschwörungstheorien anzuführen, wird vom Geheimdienst ein Sticker abgebildet, auf dem steht: »Gib Gates keine Chance«. Um dem Argument zuvorzukommen, dass eine Kritik an dem – durch keine Wahlen und keine Verfassung legitimierten – Einfluss des nicht-jüdischen Multimilliardärs Bill Gates mit Antisemitismus überhaupt nichts zu tun hat, wird behauptet, dass »ein Großteil aller einschlägigen Gruppen« davon ausgehe, dass Bill Gates Jude sei. Darum ging es dann auch der Innenministerin Faeser in ihrer Stellungnahme zu dem Lagebericht und nicht um wirklichen Antisemitismus. Es sei beschämend, »wie der Völkermord an den europäischen Juden von manchen Corona-Leugnern, die sich einen gelben Stern anheften, verharmlost wurde.« – Nein, es ist im Gegenteil beschämend und unhaltbar, dass sich die deutsche Staatsmacht anmaßt, ausgerechnet im Namen des Holocaust-Gedenkens im Ausland Kriege zu führen und die demokratische Opposition im Inland zu verfolgen.

NILS MELZER: »SYSTEMVERSAGEN«

Der ehemalige UN-Folterkommissar Nils Melzer, der seinen Bericht zur überbordenden Polizeigewalt am 1. August 2021 in Berlin nun abgeschlossen hat, äußerte sich in dieser Woche in der Zeitung *Welt* in einem Interview: »Die Politik hat eine große Verantwortung beim Aufbau von Narrativen. In vielen Ländern hat sie in den vergangenen zwei Jahren dazu beigetragen, dass sich die Gesellschaft polarisiert, indem sie die Demonstranten als Staatsfeinde dargestellt hat.« Der Trend zu immer mehr Polizeigewalt sei schon vor der Pandemie erkennbar gewesen, was auf die Politik der Anti-Terrorbekämpfung nach dem 11. September zurückgehe.

Laut Melzer hat es in ganz Deutschland nach Auskunft der Bundesregierung seit dem Januar 2020 nur eine einzige Verurteilung eines Polizeibeamten wegen unnötiger Gewalt bei Demonstrationen gegeben. Dies sei, so Melzer, kein Zeichen von »Wohlverhalten« der Beamten, sondern von »Systemversagen«. Rechtsbrüche durch Beamte und Institutionen müssten von der Staatsanwaltschaft konsequent verfolgt werden. »Tun sie das nicht, sind sie keine wirklichen Rechtsstaaten mehr, sondern nur noch Schönwetter-Demokratien«, so der UN-Folterkommissar und Rechtsprofessor Nils Melzer. Der Bericht zur Folter wird Ende Mai veröffentlicht.



Und schon wieder das Gesundheitszeugnis

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Es ist in der Corona-Zeit zu einem der Tribunale schlechthin geworden: Ein Verstoß gegen § 279 StGB (Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse) mittels eines »Maskenattests«.

Und so war ich mal wieder vor einem deutschen Amtsgericht – diesmal in Bochum – unterwegs, um die Inhaberin eines solchen Attestes vor einer Verurteilung zu bewahren. Dabei fiel mir auf, dass ich tatsächlich noch kein Verfahren in diesem Zusammenhang verloren hatte, was allerdings auch daran liegt, dass ich noch keines dieser bei mir liegenden Verfahren bis zum Ende geführt habe – außer einem in Köln. Und hier stellte die Staatsanwaltschaft mit Verweis auf ein Urteil des BGH aus der Vor-Corona-Zeit gemäß § 170 Abs. 2 StPO ein. Ein wie ich es immer nenne »Freispruch im Ermittlungsverfahren«. In Bochum wurde der Mandantin, die auf einer Demonstration im November 2020 Polizeibeamten ein solches Attest vorgelegt hatte, nun der Prozess gemacht. Und beim Studieren der Ermittlungsakte ergab sich Sonderbares: Denn die tatbestandliche »Unrichtigkeit« des Attestes wurde schlichtweg damit begründet, dass gegen den Arzt, der das Attest ausgestellt hatte, ja bereits Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden und somit anzunehmen sei, dass die Mandantin hier ebenfalls ein falsches Attest wider besseren Wissens ausgestellt bekommen habe.

Zum besseren Verständnis: Strafgerichte entscheiden aufgrund von Beweisen oder zumindest starken Indizien. Beides stellt die vorgenannte Überlegung der Staatsanwaltschaft nicht dar, weshalb hier bereits aus tatsächlichen Gründen freizusprechen gewesen wäre.

Hinzu kommt die bereits angesprochene BGH-Entscheidung aus dem Jahre 1997: Hiernach sind nur solche Stellen im Rahmen des § 279 STGB (alte Fassung) zu schützen, welche die vorgelegten Zeugnisse zur Beurteilung des Gesundheitszustandes »verwenden«. Und genau das machen Polizei und Ordnungsämter nicht. Was die Staatsanwaltschaft Köln richtig erkannt hatte, ließ der Staatsanwalt in Bochum nicht gelten und forderte die Vernehmung des Bochumer Arztes »nach dem Abschluss seines eigenen Verfahrens«. Es wurde also vertagt. Das Verfahren gegen den Arzt kann bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung aber Jahre dauern.

Einmal mehr zeigt sich: In der Corona-Zeit ticken die Uhren vor Gericht eben anders und unter Umständen noch länger als eh schon. Die Gerichte werden vom stattlichen Ermittlungsdrang gegen Andersdenkende unnötig mit Verfahren belastet, die ohne weiteres eingestellt werden müssten. Da kommt noch viel Arbeit auf die Richterschaft zu, die allerdings auch die Möglichkeit hat, Strafbefehle und Anklagen erst gar nicht zuzulassen.

Anmerkung: Die §§ 277 ff. StGB wurden zum 24. November 2021 geändert, weshalb sich dieser Fall nur auf die bis dahin geltenden Rechtslage bezieht.



FRIEDEN DURCH WAFFEN?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Das Corona-Narrativ ist im Moment in den Hintergrund gerückt. Der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen dominieren. Dass das Corona-Thema im Herbst wieder massiv in den Fokus gerät, ist zwar gut denkbar, aber im Moment haben wir andere Probleme.

Die westlichen Medien und vor allem die Nato-Staaten haben offenkundig beschlossen, dass »wir« den Krieg in der Ukraine gewinnen müssen. Kürzlich wurden die ersten Kampfflugzeuge an die Ukraine geliefert, weitere schwere Waffen sind auf dem Weg. Krieg ist Frieden, das scheint das neue Motto zu sein, Orwell lässt grüßen.

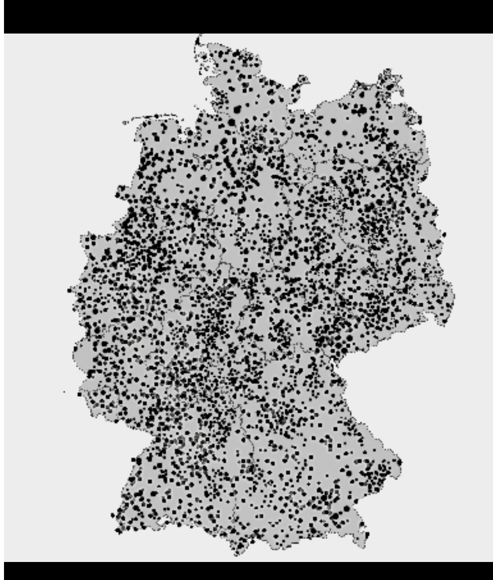
Die Begründung für diesen Wahnsinn ist, wenn »wir« Putin nicht stoppen, dass er weitermachen und in Europa einmarschieren wird. Mir ist wohl bewusst, dass es in Russland starke Kräfte gibt, die das westliche System gerne durch ihr eigenes ersetzen würde, in dem Russland eine dominierende Rolle einnimmt. Wenn man die Schriften und Reden von Alexander Dugin verfolgt, der auch als Lehrmeister von Wladimir Putin gilt und darüber philosophiert, dass Russland Europa erobern muss, dann ist es gut nachvollziehbar, dass Europa hier eine Bedrohung sieht. Die Frage ist aber, ob ein Stellvertreterkrieg in der Ukraine die richtige Antwort auf solche wahnwitzigen Ideen ist.

Je mehr Waffen die westliche Welt an die Ukraine liefert, desto mehr Tote gibt es auf beiden Seiten. Je höher die Verluste der Russen werden, desto wahrscheinlicher wird eine noch größere Mobilisierung. Waffen töten Menschen. Wir sind also nicht auf einer Friedensmission, wir sind im Krieg gegen Russland. Deutsche Waffen töten wieder russische Soldaten und Deutschland versucht, die russische Wirtschaft in die Knie zu zwingen, was immer zulasten der Bevölkerung und nie zulasten der Herrschenden geht.

Was viele noch nicht verstehen ist, je mehr Waffen der Westen liefert, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Ukraine auf die Idee kommen könnte, die Krim zurückzuerobern. Das kann und wird Russland geopolitisch nicht zulassen. Wenn es dazu kommt, wäre es ein direkter Angriff auf das russische Territorium und eine Eskalation, gegen die Corona nichts anderes wäre, als eine milde Grippewelle. Deutschland könnte diese Eskalation mit diplomatischen Mitteln, nicht mit Waffen, verhindern.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG

BERLIN-KÖPENICK, 18 Uhr, Rathaus – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche Pankow – BEXBACH, 18 Uhr, Rathaus – BAD GODESBERG, 18 Uhr, Bonnerie – ESENS, 19 Uhr, Kirchplatz – FRECHEN, 18 Uhr, St. Audomar – GANDERKESEE, 18 Uhr, Rathaus – GEFELL, 18 Uhr, Markt – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, Marktplatz – HITZACKER, 18 Uhr, Am Butt – HUNGEN, 18.30 Uhr, Marktplatz – KAISERSLAUTERN, 18:30 Uhr, Innenstadt – KAMENZ, 18 Uhr, Markt – KAPPELN, 18 Uhr, Rathaus – KIEL, 18 Uhr, Asmus-Bremer-Platz – KLEINBLITTERSDORF, 18 Uhr, Rathaus – KÖNNERN, 20 Uhr, Rathaus – LINDAU, 18 Uhr, Altes Rathaus – MAINTAL, 16 Uhr, Rathaus – MARKTOBERDORF, 19 Uhr, Marktplatz – MOERS, 18 Uhr, Am Denkmal Neumarkt – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, Marktplatz – NÜNCHRITZ, 18 Uhr, Markt – NUSSDORF/Inn, 19 Uhr, Rathaus – PUDERBACH, 18 Uhr, Verbandsgemeindeverwaltung – RÜSSELHEIM, 18 Uhr, Theater – ST. BLASIEN,18 Uhr, Domplatz – STRALSUND, 18 Uhr, Trellerborger Platz – TODTMOOS, 18 Uhr, katholische Wallfahrskirche – TARP, 17.30 Uhr, Amtsgebäude – TRIPTIS, 19 Uhr, Markt – WEIL AM RHEIN, 18 Uhr, Rathaus – WEIL DER STADT, 18 Uhr, Viehmarkt – WERNIGERODE, 19 Uhr, Anger Parkplatz – WOLKENSTEIN, 18 Uhr, Penny-Parkplatz – XANTEN, 19 Uhr, Gradierwerk

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

23.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
23.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
23.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
23.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
23.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
23.4.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
23.4.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
23.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
23.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
23.4.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
23.4.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
23.4.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
23.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
23.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
23.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
17.4.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – Umzug für die Opfer anhaltender staatlicher Willkür
24.4.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
24.4.2022 13-18 Uhrtr	Ingolstadt, Volksfestplatz	Großdemo für das Ende sämtlicher Maßnahmen – Kundgebung, Umzug, Konzert
24.4.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
24.4.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
25.4.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang für die Republik
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
25.4.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
25.4.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
25.4.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
25.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
25.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz nahe Bahnhof	Montagsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
25.4.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
25.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
25.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
25.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
25.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
25.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
25.4.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
25.4.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
25.4.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
25.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
25.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
25.4.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
25.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
25.4.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
25.4.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
25.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
25.4.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
25.4.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
25.4.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
26.4.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
26.4.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
26.4.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
26.4.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
26.4.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
26.4.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
27.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
27.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
27.4.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
27.4.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
27.4.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
27.4.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
27.4.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
27.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
28.4.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
28.4.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
28.4.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
28.4.2022 18:30-21 Uhr (jeden Do)	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
28.4.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
29.4.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
29.4.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
30.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
30.4.2022 15-18 Uhr (jeden letzten Sa im Monat)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Demo für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und eine freie Impfentscheidung
30.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
30.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
30.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
30.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
30.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
30.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
30.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
30.4.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
30.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
30.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
30.4.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
30.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
1.5.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Für die Freiheit: Auf die Straße«
1.5.202217-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
7.5.2022 14-18 Uhr (jeder 1. Sa im Monat)	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Demokraten fordern die lückenlose Aufklärung der Corona-Verbrechen der Regierung. Foto: Sandra Doornbos

EIN SIEG! UND JETZT?

Aussagen von deutschen Demokraten zu den kommenden Wochen und Monaten, bei denen wir mal nachfragten oder die initiativ an uns schrieben.
Von Hendrik Sodenkamp

WIR BLEIBEN DIE BESTIMMENDE POLITISCHE KRAFT

Zusendung von Milena Safaryan, Demokratin aus Erlangen: Ich gehe seit dem Mai 2020 auf die Straße. Nach dem ersten Schrecken war mir klar geworden, dass diese Politik mit Gesundheitsschutz nichts zu tun hat. Kritiker wurden diffamiert und alle mussten sich einreihen in diesen seltsamen Krieg. So habe ich versucht, mich hier auf Demos und Treffen für den Fortbestand von Frieden, Demokratie, Grundrechten und von freier Debatte einzusetzen. Dass diese Zwangsspritze nicht durch den Bundestag gekommen ist, hat mich sehr erleichtert und jubeln lassen. Aber es hat mir auch Sorgen bereitet: Würde der Widerstand jetzt abflauen? Gehen all die begangenen Verbrechen jetzt unter, weil im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine neue Verbrechen begangen werden?

Der vergangene Montag in Nürnberg hat mich eines Besseren belehrt. Wir waren mehr als 2.000 Menschen, die weiter für die Aufhebung wirklich aller Corona-Maßnahmen auf die Straße gingen. Und für eine Verfassungserneuerung, damit die politischen, wirtschaftlichen und juristischen Grundlagen für diese Kriegspolitik abgeschafft werden.

Die Demokratiebewegung bleibt die bestimmende politische Kraft, denn wir vergessen nicht und bleiben konzentriert am Ball. Das kann ich seit Montag mit Überzeugung schreiben.

MUT ZUR VERSCHNAUFPAUSE

Volkmar Zimmermann, Demo-Organisator in Berlin und Brandenburg: Die letzten Wochen waren hart, gab es doch die von der Regierung geplante »Impfpflicht« im Bundestag zu verhindern. Ein noch nie da gewesener Kraftakt in Sachen *Deframing*, Informationsdruck und Gegenöffentlichkeit waren dazu notwendig, wofür wir den vielen Menschen danken müssen, die man kaum auf Demos sehen wird, die aber wertvollste Arbeit im Hintergrund geleistet haben. Viele von uns nutzen nach dem Etappensieg eine Auszeit, um neue Kraft zu tanken und haben dies mehr als nötig. Pausieren? – Ja. Nachlassen? – Nein!

Die Pause können wir uns auch gönnen. Nach zwei Jahren hat die Demokratiebewegung eine wichtige Bewährungsprobe bestanden: Es ist der polit-medialen Kaste nicht gelungen, die Bewegung mit dem Ablenkungsthema »Ukraine« zu spalten. Nach anfänglichen Wirrungen haben wir die Feinde des Friedens im Visier: es sind dieselben wie bei »Corona«. Dieses Jahr wird eine Herausforderung, die wir selbstbewusst annehmen.

STRUKTUREN FESTIGEN UND AUSBAUEN

Zusendung von Steffi Langefeld, Demokratin aus Bremen: Nach den Megademonstrationen im August 2020 waren es echt die Montagsspaziergänge, die mich wieder vollends optimistisch gemacht haben. Dazwischen hatte ich ehrlich gesagt auch mal Durststrecken. Aufgefangen haben mich aber die Organisationen und Institutionen, die sich in der Demokratiebewegung gebildet haben, um nicht gänzlich den Mut zu verlieren. Da müssen wir jetzt weitermachen, wenn auf der Straße fürs Erste nicht mehr soviel passiert. Außer natürlich am 1. und 29. August 2022 in Berlin, das wird bestimmt wieder gigantisch!

Nun finde ich das Zentrum zur juristischen Aufarbeitung des Corona-Staats ZAAV wichtig und die alternativ-wirtschaftlichen Netzwerke. Vor allem aber die unabhängigen Medien. Wenn die Öffentlichkeit nicht mehr so stark auf der Straße ist, kann ich da lesen und sehen, dass es weitergeht und sicher sein, dass bei der nächsten Paniknummer weniger Menschen auf die Regierungslügen reinfallen. Also die geschaffenen Strukturen festigen und weiter aufbauen. Das heißt für mich als Leserin auch mit Geld an eure Zeitung. Und druckt das bitte ab. Ihr habt hier einigen wie mir den Verstand und Arsch gerettet. Und der Wahnsinn soll ja immer weiter gehen!

BIS DIE ROTEN LINIEN WIEDER GELTEN

Dr. Walter Weber aus Hamburg für die »Ärzte für Aufklärung«: Statt Selbstbestimmung zu erreichen, Gesundheitsvorsorge zu betreiben und das eigene Immunsystem zu stärken, wurde und wird uns erzählt, dass der Mitmensch eine vielleicht sogar tödliche Bedrohung darstelle, der wir uns nur durch Testen und Impfen erwehren können. Das stellt die jahrtausendalte Gesundheitspflege auf den Kopf und führt, wie wir gerade leidvoll erlebt und teilweise soeben noch abgewendet haben, wieder zu einer Zwangsmedizin, der wir doch durch den Nürnberger Kodex abgeschworen haben: Nie wieder Zwangsmedizin, das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben! Ein Hamburger Professor hat wissenschaftlich nachgewiesen, dass wirklich alle Maßnahmen dieses Staates im Rahmen der sogenannten Corona-Krise unserer Gesundheit geschadet haben. Von der schweren Traumatisierung unserer Kinder spreche ich hier noch gar nicht.

Am Samstag, dem 20. August 2022 ist der 75. Jahrestag des Nürnberger Kodex – ein Meilenstein für die Menschlichkeit und eine (Er-)Mahnung für uns Mediziner, nie wieder Zwangsmedizin anzuwenden. Diesen Tag werden wir gebührend in Nürnberg feiern. Deshalb werden wir auch nicht ruhen, bis die einrichtungsbezogene Zwangs-»Impfung« in den Heilberufen wieder aufgehoben wird: Nie wieder Zwangsmedizin! Das wirkliche Impfen muss freiwillig bleiben. Eine Krise bietet auch eine Chance. Diese Chancen sollten wir in allen Krisenbereichen nutzen. So sollte auch das Unrecht, das in den letzten zwei Jahren geschehen ist, aufgearbeitet werden und sich die Verantwortlichen vor Gericht verantworten müssen. Wir arbeiten an gewerkschaftlichen Organisationen als zusätzliches Korrektiv gegenüber einer allzu mächtigen Exekutive. Wir klären als Ärzte weiter auf und planen Demonstrationen. Die rote Linie ist überschritten. Diese rote Linie sind wir selbst!



WAS STIMMT NICHT MIT UNS?

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Der Ton in unserer Gesellschaft ist gerade in den letzten zwei Jahren, offenbar hauptsächlich bedingt durch die Debatten um Corona, rauer geworden. Ich erinnere mich an einen Kommentar mit dem Titel »Das Ende der bürgerlichen Höflichkeit?« von dem Journalisten Uwe Bork im *Deutschlandradio Kultur* im Jahr 2004. Er griff die zunehmende Anstandslosigkeit im täglichen Umgang der Menschen auf:

»Benimm, Benehmen und Etikette scheinen in unserem Land rapide an Bedeutung zu verlieren. Hier droht vielmehr eine Verrohung der Sitten, ein Verlust an Rücksichtnahme, Höflichkeit und Stil, ein Rückfall in eine schmerzhafte Kulturlosigkeit. Sprachliche Feinheiten verlottern selbst in Printmedien, im Rundfunk und im Fernsehen zu einer vermeintlich bequemen Umgangssprache.«

Die Analyse von Uwe Bork bleibt allein schon aufgrund der Wortwahl der »bürgerlichen Höflichkeit« im Gedächtnis. Die Formulierung ist für vieles passend und zeitlos. Und so stellt sich nahezu täglich die Frage, wie es denn mit ihr aussieht, sowohl im kleinen Bereich der menschlichen Begegnungen als auch im großen Rahmen der Medien, Politik, öffentlichen Diskussionen und so weiter.

Nun, Wertewandel sowie ein stetig sich ändernder Umgangston hat es schon immer gegeben. Eine Einschätzung der gesellschaftlichen Zustände gelingt nur mit einem Vergleich zwischen dem Gestern und dem Heute. Es lässt sich zu den jeweiligen Entwicklungen und Empfindungen wunderbar analysieren und streiten. Gleichwohl lassen sich die Ausführungen von Uwe Bork angesichts der heutigen Entgleisungen in unserem Umgang fast mit einem wehmütigen »tempi passati« anmerken.

Impffreie und Demonstranten wurden bezeichnet als asoziale Trittbettfahrer, als Aasgeier der Pandemie, als Blinddarm, als gefährliche Sozialschädlinge, auf die man verzichten kann und vieles mehr.

Es ist schwer, auf derartige Ungehörigkeiten die passenden Antworten zu finden. Sachorientierte Diskussionen haben andere Gesprächskulturen als Grundlage.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Ich werde mich dieser Erpressung nicht unterwerfen«

Oder »Die Geschichte einer schweren Geburt« | Von Hannes Henkelmann

An dem Tag, als die Bundesregierung mit ihrem Antrag auf eine Impfpflicht ab 60 krachend scheiterte, traf ich in Berlin Frau Kollmorgen. Ich sprach mit der Intensivpflegerin über die Arbeitsbedingungen während der Pandemie und die Maskenpflicht für Gebärende.



Frau Kollmorgen ist bei Eltern stehen auf, Christen im Widerstand und Pflege für Aufklärung aktiv.
Foto: Hannes Henkelmann

Würden Sie sich bitte vorstellen?
Mein Name ist Sabrina Kollmorgen. Ich bin 48 Jahre alt und Mutter von zwei Söhnen. Ich bin ausgebildete Krankenschwester für den Fachbereich Intensivmedizin/Anästhesie und war über 20 Jahre auf der Intensivstation tätig. Vor zwei Monaten wurde mir leider gekündigt, seitdem putze ich Ferienwohnungen und arbeite zeitweise in einer Weinbar.

Wie kam es zum Ende des Beschäftigungsverhältnisses?
Vor zwei Monaten rief mich mein Teamleiter an und fragte mich, wie ich mir meine weitere Beschäftigung angesichts der anstehenden einrichtungsbezogenen Impfpflicht vorstelle beziehungsweise ob ich mich impfen lasse würde. Ich entgegnete ihm, dass sich an meiner Einstellung zur Impfung nichts geändert hätte, ich wäre bis jetzt ungeimpft und bliebe es auch. Ich würde mich dieser Erpressung nicht unterwerfen. Meinen Kompromissvorschlag, im Büro zu arbeiten, lehnte er mit der Begründung ab, ich wäre zu teuer.

Sie haben während der Pandemie in der Intensivpflege gearbeitet. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?
Nun, ich kann Folgendes berichten: Für potenzielle Covid-Patienten wurden Betten freigehalten, und das bekam die Klinik fürstlich honoriert. Ernsthaft erkrankte Patienten wurden schon mal abgewiesen, viele anstehende Operationen abgesagt oder verschoben. Eine Differenzialdiagnostik fand kaum statt. Alle Patienten wurden genötigt, die Maske zu tragen. Auf schwere Symptome wie Atemnot, Herzbeschwerden, Schmerzen wurde keinerlei Rücksicht genommen.

Wie haben Sie sich im Dienst verhalten?
So oft es ging, habe ich meinen Patienten die Masken abgenommen und ihnen gesagt, dass freies Atmen ein Grundbedürfnis wäre. Ich habe mich geweigert, Tests durchzuführen und habe trotz Verbots Besucher zu ihren sterbenden Angehörigen gelassen. Mit den Impfbroschüren von Christian Stockmann und Veröffentlichungen von Sucharit Bhakdi und Wolfgang Wodarg habe ich Aufklärungsarbeit geleistet und dankbare Reaktionen von meinen Patienten bekommen. Mit Beginn der Impfungen hatten wir es vermehrt mit Patienten mit plötzlichen Herzinfarkten, Schlaganfällen, Thrombosen und wiedergekehrten Krebserkrankungen zu tun. Viele geimpfte Patienten erzählten, dass sie sich von den Ärzten über die Impfung nicht gut aufgeklärt fühlten oder sich nur dem allgemeinen Druck gebeugt hätten.

Können Sie unseren Lesern erzählen, was Sie erlebt haben, als Sie eine hochschwangere Bekannte auf der Suche nach einem Platz in der Klinik begleitet haben?
Diese Geschichte hätte ich nicht geglaubt, wenn ich sie nicht selbst erlebt hätte. Eine Bekannte hat mich angerufen und verzweifelt berichtet, dass sie von einer großen Berliner Klinik abgewiesen worden wäre, obwohl ihr Geburtstermin dran und ihre Fruchtblase schon geplatzt wäre. Begründung der Klinik: Sie hätte sich nicht in der zwölften Schwangerschaftswoche für die Corona bedingten Maßnahmen zur Geburt angemeldet. Der Einwand meiner Bekannten, sie hätte ihre Schwangerschaft erst im sechsten Monat bemerkt und keiner hätte ihre verspätete Anmeldung akzeptiert, würde bei der Klinik keine Gnade finden. Am Telefon nannte ich ihr eine andere Klinik und machte mich selbst sofort auf den Weg dort hin. Auch da wurde uns gesagt, dass sie nicht bleiben könnte, es gäbe keinen Platz für sie. Wir gingen dann in die Rettungsstelle. Da wurde sie zumindest untersucht, aber die Ärztin sagte auch, dass sie dort nicht entbinden könnte.

Meine Bekannte geriet immer mehr in Panik, während ich schon überlegte, ob ich in der Lage wäre, dem Kind auf die Welt zu helfen. Wir fanden schließlich telefonisch eine andere Klinik, sind sofort dahin gefahren, um vor Ort vom Sicherheitsdienst am Eingang aufgefordert zu werden, eine FFP2 Maske zu tragen. Wir haben das ignoriert, worauf uns mit der Polizei gedroht wurde. Ich sagte, die Frau bekäme ein Kind, dann sind wir einfach weiter gegangen.

Im Kreißsaal angekommen, wiederholte sich die Geschichte. Eine Mitarbeiterin beim Empfang wies uns sofort auf die FFP2 Maskenpflicht hin. Da verlor ich ein wenig die Nerven und fragte nach ihrem medizinischen Sachverstand. Unter Wehen diese Maske tragen zu müssen, würde an Folter grenzen. Jeder wüsste doch, dass sich beim Geburtsvorgang alles um die Atmung drehen würde. Das wäre eine staatlich angeordnete Misshandlung. Unter Androhung von Hausverbot und Polizei wurde ich von der Hebamme als »Rechte« und »Corona-Leugnerin« beschimpft. Um zu deeskalieren, ging ich wortlos. Später wurde ein Mädchen geboren. Mutter und Kind sind wohl auf.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

ANTWORT AUF »FÜNF MINUTEN RESIGNATION« IN DW N° 85

Der Widerstand hat mir Freundschaft von Gleichgesinnten gebracht, hat mir ein tiefes Verständnis über das, was wirklich wesentlich ist im Leben, geschenkt. Und ganz viel Freude über Eure Zeitung. Danke!
– Doro P., Frankfurt

WAFFEN AN DIE UKRAINE: EIN DRANG NACH MITTÄTERSCHAFT?

Während der Plandemie machte sich plötzlich und unerwartet in der Bevölkerung eine Haltung breit, die den Obrigkeiten gehorsam folgte und



zugleich die Mitmenschen mit kontrollierendem Argwohn verfolgte und denunzierte. Viele von uns gestanden mit aufrichtigem Schaudern, jetzt erst zu verstehen, wie sich die Massenpsychose im Nationalsozialismus durchsetzen konnte. Nun erleben wir eine weitere Wiederholung: In der Politik tätige Enkel und Urenkel jener Generation, die während der NS-Zeit jung waren, geben sich dafür her, der Ukraine Waffen und Beifall in bisher unvorstellbaren Mengen zu spenden und dabei zu verleugnen, dass diese vorwiegend in die Hände der dortigen Nazi-Bataillone gelangen – und gelangen soll. Was vollzieht sich da? Ein Drang nach Mittäterschaft? Die Mitschuld der Ahnen durch Fortsetzung auf sich zu nehmen? Oder einfach die leichtsinnige Lust, mit der Macht zu spielen? Jedenfalls etwas Hochgefährliches, denn diese selbstvergessenen Politikdarsteller finden auch diesmal Unterstützung in der Bevölkerung; sie befördern eine ideologische Haltung, mit der unser Volk schon einmal ins Elend rauschte. Kann daraus diesmal ein Augenöffner werden, eine Erkenntnis über die Machbarkeit von friedlicher Koexistenz der Völker?
– Aina E.

TRAURIGE ERKENNTNIS

Corona hat mir gezeigt, wie dieses Volk immer noch tickt ... Sehr traurig: viel gelernt, aber nix, rein gar nix verstanden. Gruß
– Thomas L., Springe

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Spinnen die Chinesen?

Der aussichtslose Versuch, eine Erkältungskrankheit komplett auszumerzen, führt die Volksrepublik China an den Rand des Abgrunds. | Von Hermann Ploppa

Wir sind noch dabei, die Horrorbilder des Krieges in der Ukraine zu verarbeiten. Da kommen schon die nächsten Horrorbilder aus Shanghai, einer Stadt, die sich gerade im Krieg gegen einen nur unter dem Mikroskop sichtbaren Feind befindet. Die chinesische Regierung führt einen aussichtslosen Kampf gegen das Corona-Virus, diesmal gegen die Variante »Omikron BA.2«.

Omikron ist das Auslaufmodell der Corona-Epidemie und dürfte auch bei Han-Chinesen kaum gefährlicher ablaufen als bei Zentraleuropäern. Dennoch bekommen die 25 Millionen Bürger der Handelsmetropole Shanghai strengsten Hausarrest aufgebrummt. Teilweise werden die Haustüren versiegelt. Da Bai verhaftet oder verprügelt Bürger, die sich trotzdem auf den Straßen Shanghais blicken lassen. Da Bai heißt: »Großer Weißer«. So nennt man die Polizisten, die bis zur Unkenntlichkeit in weißen Hygieneanzügen versteckt sind.

Um den dystopischen Horror zu vervollständigen, dappeln Roboter als Wachhunde mit umgehängtem Megaphon durch die Stadt und fordern die Bürger auf, die neuesten Verordnungen der Regierung zu beachten. Doch dieser Sterilitätswahn wird konterkariert durch himmelschreiende hygienische Defizite in den Sammellagern, wo jene bedauernswerten Mitbürger landen, bei denen der PCR-Test positive Befunde produziert hat. Da die in ihren Wohnungen eingesperrten Menschen sich kein Essen kaufen können, bringen ihnen Da Bais Essenspakete. Doch diese Gaben sind oftmals verdorben oder unsauber. Es ist klar, dass durch die vollkommen sinnfreien Corona-Schutzmaßnahmen mehr Menschen zu Tode kommen oder erkranken als durch das Omikron-Virus.

HALB CHINA IM LOCKDOWN

Was Shanghai widerfährt, vollzieht sich in mehr oder minder abgemilderter Variante in 100 Städten der Volksrepublik China. 45 Großstädte befinden sich im Lockdown. Diese Städte repräsentieren 40 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts. Das Reich der Mitte ist viele Tausende Kilometer von uns entfernt. Doch im Zeitalter des Globalismus sind wir von der Lähmung der chinesischen Wirtschaft unmittelbar betroffen. Wenn Shanghai hustet, bekommt die Weltwirtschaft Lungenentzündung. Als im zweitgrößten Containerhafen Ningbo wegen eines einzigen Corona-Infizierten vor einem halben Jahr der Niederschluss verkündet wurde, stand der Container-Terminal still. Das machte sich sofort in Form von Lieferengpässen in Deutschland bemerkbar.

Sieben der zehn größten Containerhafen der Welt befinden sich in der Volksrepublik China. Der Containerhafen von Shanghai ist der größte der Welt mit einem Jahresumsatz von 43,5 Millionen TEU (Zwanzig-Fuß-Standardcontainer) im Jahre 2020. Die chinesischen Häfen beliefern die Welt mit allem, was die Menschen wirklich benötigen: Textilien, Werkzeuge, Baustoffe, Düngemittel, Autoteile. Der Containerumsatz ist zwar nicht vollkommen zum Erliegen gekommen, die Güterabfertigung ist aber bereits jetzt stark verlangsamt.

Shanghai beherbergt zudem die drittgrößte Wertpapierbörse der Welt, nach New York und London. Über 70.000 internationale Konzerne haben in der Stadt an der Mündung des Flusses Yangtse ein Büro. Der zweitgrößte Vermögensverwalter der Welt Vanguard wollte gerade sein Hauptquartier für Asien von Hongkong nach Shanghai verlegen. Die beiden Flughäfen von Shanghai sind die viertgrößten der Welt mit 122 Millionen Passagieren im Jahre 2019. Hier befinden sich auch die Joint-Venture Autofabriken von VW, General Motors, Tesla und Ford. Halbleiterfabriken und Pharmaunternehmen wie Astrazeneca oder Boehringer runden das Bild ab.

Wenn Shanghai gefesselt und geknebelt ist, kann uns das nicht egal sein. Die europäische Gemeinschaft in Shanghai ist genervt und hat, wie man hört, »gründlich die Schnauze voll von China« und will lieber gestern als heute für immer ausreisen. Dass die extremen Akte von Selbstzerstörung etwas mit dem Schutz der Gesundheit zu tun haben könnten, glaubt niemand mehr. Es ist auffällig, dass im Westen wenig über die Motive des staatlichen »Hooliganismus« spekuliert wird. Die Europäer vor Ort vermuten als Hintergrund einen Machtkampf.

GESUNDHEITSSCHUTZ WIEDER NUR VORWAND

Demzufolge wolle der Maoist Xi Jinping, Staatspräsident Chinas, der kapitalistisch-dekadenten Metropole Shanghai mit ihren Partys und Diskotheken eins auswischen. Tatsächlich wird Shanghai unmittelbar von der Zentralregierung in Beijing kontrolliert. Und tatsächlich ist die Geschichte Chinas immer von einem Wechsel pragmatisch-behutsamer Phasen mit Phasen gigantischer Selbstzerstörung geprägt gewesen. Man erinnere sich nur an die Große Proletarische Kulturrevolution, mit der Mao Tse Tung seine Macht zurückeroberte, nachdem er durch den Großen Sprung nach vorn das Land in den Ruin geführt hatte. Oder die Ereignisse rund um den Tien An Men-Platz im Jahre 1989. Die Machtkämpfe nahmen keine Rücksicht auf Verluste in der Bevölkerung. Auch die Gefahr durch Interventionen anderer Staaten hinderte die chinesischen Kontrahenten nicht daran, sich bis zur Selbstzerstörung zu zerfleischen.

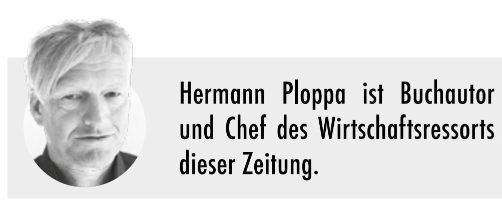
Machtkämpfe innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas sind normal. Ob es die Maoisten noch gibt, ist unklar. Aber mit Sicherheit gibt es noch Fundamentalisten, die sich um Xi Jinping scharen. Ihnen stehen die Pragmatiker in der Nachfolge von Deng Hsiao Ping, der die Volksrepublik faktisch von 1979 bis 1997 regierte, gegenüber. Xi Jinping möchte sich im Herbst auf dem Parteitag der Kommunisten zum dritten Mal zum Großen Steuermann wählen lassen. Da muss er gute Bilanzen vorweisen. Das sieht jetzt aber gerade ziemlich schlecht aus, dank der strengen Restriktionen. Das Ziel von 5,5 Prozent Wirtschaftswachstum für 2022 ist schon jetzt Makulatur. Allein in diesem Jahr drängen elf Millionen Studienabsolventen auf den chinesischen Arbeitsmarkt. Warum also dieser Selbstmord?

Der Wirtschaftsjournalist Ernst Wolff stellte bereits vor dem erneuten *Lockdown*-Wahnsinn fest, dass es in China einen Machtkampf zwischen der Elite der kommunistischen Partei (KP) und den neu entstandenen chinesischen IT- und Finanzkonzernen gäbe. Die Letzteren seien den Parteikadern als potentielle Gegenspieler zu mächtig geworden. Deswegen hätten sie nichts unternommen, um dem hoffnungslos überschuldeten Immobilienriesen Evergrande unter die Arme zu greifen. Und dann hat ein KP-Funktionär beim International Finance Forum in Beijing im Jahre 2021 durchblicken lassen, dass die digitale Währung Chinas, der e-Yüan, nicht über einheimische Netzwerke laufen solle, sondern über »Diem«, also einem Unternehmen unter der Kontrolle des amerikanischen Facebook-Inhabers Mark Zuckerberg. Die KP Chinas habe sich mit den angloamerikanischen IT- und Finanzkonzernen gegen die eigenen IT- und Finanzoligarchen verbündet.

KOMMUNISTEN WOLLEN TOTALE UNTERWERFUNG

Wie auch immer. Tatsächlich haben die Kommunisten in Beijing schon lange die chinesischen IT-Konzerne auf dem Kieker. Diese werden ausgebremst mit immer kleinlicheren Restriktionen. Die zehn größten IT-Konzerne haben dadurch bereits jetzt einen Wertverlust von 1,7 Billionen Euro hinnehmen müssen. Auch der Eigentümer des Konzerns Alibaba, Jack Ma, war den Kommunisten immer wieder viel zu aufmüpfig. Er zog sich mehr oder minder freiwillig aus der ersten Reihe zurück. Das englische Wirtschaftsmagazin *The Economist* vermutet, dass die Kommunisten Ali Baba und seine 40 Räuber zurückdrängen möchten und stattdessen neue, der KP China komplett ergebene *Start-Up*-Unternehmen heranzüchten möchten.

Wie sich der chinesische Suizid auf die Weltpolitik insgesamt auswirkt, müssen wir noch sehen. Klar ist schon jetzt, dass die westliche Wertegemeinschaft aufatmen kann. Die USA und mit ihr im Schlepptau Großbritannien können auch weiterhin vom Verkauf von ungedeckten Wechseln und Kriegen prima leben.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Chinesische Machthaber halten wieder Millionen Menschen in Geiselhaft. Ein Vorgeschmack auf den kommenden Herbst in Europa?
Collage: DW/ Jill Sandjaja



Die Handlanger des Globalkapitals: WEF, WHO, Nato und EU. Foto: Sandra Doornbos

Die Autisten in der Zirkuskuppel

Internationaler Währungsfond und Weltbank treffen sich wie fast jedes Jahr in Washington. Bei der globalen Problemlösung stehen sie sich virtuos selber im Weg. | Von Hermann Ploppa

Der Internationale Währungsfond und die Weltbank trafen sich in Washington vom 18. bis zum 24. April mit Regierungspolitikern und Firmenmanagern aus aller Welt, um über eine Lösung der Probleme auf eben dieser Welt gemeinsam nachzudenken. Jeder Interessierte kann den öffentlichen Sitzungen der Tagung via *Livestream* beiwohnen.

Für Deutschland waren dabei: Finanzminister Christian Lindner, Bundesbankpräsident Joachim Nagel sowie Entwicklungsministerin Svenja Schulze. Als »Ehrengäste« waren zudem aus der Ukraine der Ministerpräsident Denys Schmyhal, Finanzminister Serhiy Marchenko und der Chef der Nationalbank Kyrylo Shevchenko zugegen.

Weltbank und Internationaler Währungsfond sind Teil des 1944 gegründeten Systems von Bretton Woods, dem weiterhin die UNO und die WTO angehören. Es ging damals darum, neue Kriege zu verhindern, indem alle Nationen dieser Erde in Zukunft durch Wirtschaftsbeziehungen eng miteinander verzahnt sind und dann schon aus eigenem Interesse Kriege unterlassen. Die Weltbank sollte finanzschwachen Staaten, denen keine Privatbank Geld ausleiht, auch große Kredite geben. Der Internationale Währungsfond sollte lediglich Ungleichheiten im internationalen Währungssystem ausgleichen helfen.

GESTEUERTER STAATSABBAU

Aber schon seit langem ist auch der IWF zu einem Kreditinstitut für Entwicklungs- und Schwellenländer geworden. Der IWF gibt aber nur große Kredite raus, wenn die kreditnehmenden Länder sich im Gegenzug harten Bedingungen unterwerfen. Und das heißt immer wieder: Der Staat soll abgebaut werden. Staatliche Tätigkeiten in den Sektoren Infrastruktur, Soziales und Gesundheit werden in Folge von IWF-Krediten immer weiter heruntergefahren. Mit der logischen Folge, dass immer mehr Menschen weltweit in blanke Armut abstürzen. Gerade der IWF hat maßgeblichen Anteil daran, dass die weltweite Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft.

Längst ist der IWF zu einem verlängerten Arm der privaten Banken verkommen und exekutiert deren marktradikale Konzepte. Der Staat als Gestalter hat nach diesen Radikalkuren abgedankt. Die gesellschaftliche Desintegration geht rasant voran. Organisierte Kriminalität und Militarisierung breiten sich in den ausgeweideten Staatswesen immer mehr aus. Zu dieser weltweiten, politisch gewollten Verarmung der Menschheit gesellen sich weitere apokalyptische Reiter. Seit 2020 die galoppierende Staatsverschuldung in der Folge von *Lockdowns* und der Ruinierung des Mittelstands. Und nun noch der offene Weltkrieg zwischen der westlichen Wertegemeinschaft und Russland, ausgetragen als Stellvertreterkrieg in der gebeutelten Ukraine. Folglich stellen IWF und Weltbank lapidar fest, dass die Erholung nach der Covid-Senke nun doch nicht stattfinden kann. Das Wirtschaftswachstum dümpelt jetzt bei 3,6 Prozent für 2022 vor sich hin – wobei sich die Frage stellt, wie man angesichts des Krieges und des Shanghai-*Lockdowns* überhaupt von einem Wachstum ausgehen kann.

IM TEUFELSKREIS DER INFLATION

Die Inflation wird für die reichen Länder mit 5,7 Prozent angesetzt. Tatsächlich steuert die Inflation in den USA bereits jetzt munter auf neun Prozent zu. Entsprechend darf man auch die für Schwellen- und Entwicklungsländer projektierten 8,7 Prozent Inflation mit Vorsicht genießen. Trotz allem ist irgendwie auch bei IWF und Weltbank angekommen, dass man sich in einer Zwickmühle befindet: einerseits hat man die Leitzinsen nahe Null gehalten. Andererseits hat man die Inflation mit der Ausgabe gigantischer Mengen neuen Geldes angeheizt. Erhöhen die Zentralbanken den Leitzins, um die Inflation zu stoppen, steigen auf der anderen Seite die Preise für so ziemlich alle wichtigen Waren.

Es geht dann ans Eingemachte, wie Weltbank-Präsident David Malpass bemerkt: »Mit jedem Prozentpunkt, den Lebensmittel teurer werden, fallen zehn Millionen mehr Menschen in extreme Armut.« Hungeraufstände haben schon die Revolten des Arabischen Frühlings eingeleitet. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa und David Malpass brauchen eigentlich nur in den Spiegel zu schauen, um zu erkennen, wer das ganze Elend dieser Welt im Auftrag der Superreichen eingefädelt hat. Aber selbstkritische Überlegungen sind nicht Aufgabe dieser beiden Organe der Weltfeuerwehr des Kapitalismus. Es gilt weiterhin: Eyes wide shut.

MELDUNG

SOZIALKREDIT-SYSTEM IN ITALIEN

Bologna/DW. Ab Herbst diesen Jahres will die Stadtverwaltung der italienischen Stadt Bologna das Projekt »Smart Citizen Wallet« starten. Die Bürger sollen mittels dieser Anwendungssoftware zu tugendhaftem Verhalten bewegt werden. Wer beispielsweise den Müll trennt, keine Strafzettel bekommt oder die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt, kann ab September »Punkte« sammeln. Die Verwendung der *App* sei freiwillig. Fleißige Punktesammler jedoch sollen mit Vorteilen und Vergünstigungen belohnt werden. Menschen werden somit eingeteilt in gute und schlechte Bürger. Kritiker fordern den sofortigen Stopp dieser »innovativen Pläne«, da sie der dystopischen Weiterentwicklung zu totalitären Sozialkredit-System Tür und Tor öffnen würden. (ber)

Haben wir in Deutschland bald keinen Weizen mehr?

Fehlt Weizen, weil keiner da ist, oder weil die Leute glauben, es sei kein Weizen da? | Von Hermann Ploppa

Da stand ich neulich an der Kasse eines Lebensmitteldiscounters. Ich war schon abkassiert und sammelte gerade meine neu erworbene Ware zusammen für den Rucksack. Mein Kassierer schnauzt einen robusten Mann im mittleren Alter erbost an: »Junger Mann! Sie dürfen nur zwei Packungen Weizenmehl mitnehmen.«

Tatsächlich: Der »junge Mann« schiebt einen Einkaufswagen vor sich her – über und über beladen mit Packungen voller Weizenmehl! Gibt's denn sowas? Allgemeine Missbilligung. Der Weizen-»Dieb« protestiert. Aber es nützt nichts. Tatsächlich steht am Regal angeschrieben: »Bitte nur zwei Packungen Weizenmehl mitnehmen!« Der fusselhaarige Volksschädling fährt seine illegale Ware wieder murrend und knurrend zum Regal zurück.

Es ist also so weit. In der Drogerie gibt es auch kaum noch ungemahlenen Weizen. Es ist richtig: 29 Prozent allen Weizens weltweit wird aus Russland und der Ukraine importiert. Aber das kann uns in Deutschland augenblicklich egal sein. Denn in Deutschland wird nicht nur genug Weizen für unseren Bedarf produziert. 2020 konnten wir sogar zehn Millionen Tonnen Weizen ins Ausland exportieren. 2018 gab es mal eine Dürre. Da mussten wir tatsächlich einmal Weizen importieren. Weizen gibt es im Moment tatsächlich nur deswegen nicht ausreichend in deutschen Regalen, weil die Leute von den Medien kopfscheu gemacht wurden und in Hamsterkäufen panisch auf Vorrat Weizen eingekauft haben.

In der nächsten Saison könnte sich die Lage allerdings ändern. Denn um hochwertigen Weizen zu erzeugen, muss ein entsprechend hochwertiger Dünger beigegeben werden. Und Dünger ist tatsächlich jetzt knapp und teuer. Das liegt an den hohen Preisen für Öl und Gas. Zudem kommt der größte Teil des Düngers aus Weißrussland und Russland. Schon allein deswegen lohnt sich ein baldiger Friedensschluss im Ukraine-Krieg.

Der stellvertretende Leiter der Kommission für internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates Andrey Klimov kündigte bei einem Briefing mit asiatischen und afrikanischen Medien an, dass die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine bald enden werde.

Der Krieg werde ein Ende finden, sobald Russland die Ukraine sicher für Russland und die ganze Welt gemacht habe. Biolabore und Atomanlagen würden gesichert werden. Anschließend werde die militärische Phase enden. Russland werde diese nicht absichtlich in die Länge ziehen. Er fügte hinzu, dass es westliche Länder seien, die weiterhin Waffen an die Ukraine liefern und damit Öl ins Feuer gössen.

Jedoch erklärte der griechische Regierungssprecher Yiannis Ikonomou nun, keine weiteren Waffen in die Ukraine liefern zu wollen. Bereits am 27. Februar 2022 schickte Griechenland 40 Tonnen Verteidigungs-Ausrüstung über Polen in die Ukraine, darunter Stinger-Raketen und humanitäre Hilfe. Diese Lieferungen waren aber schon vor Beginn der Sonderoperation vorbereitet worden und nicht anlässlich dieser. Weitere Lieferungen seien, so erklärte es auch Verteidigungsminister Nikolaos Panagiotopoulos, nicht geplant, um die eigenen Verteidigungskapazitäten nicht zu schwächen. In jüngerer Vergangenheit hatten immer wieder griechische Arbeiter gestreikt, die mit der Verladung von Rüstungsgütern europäischer Länder betraut waren, welche in die Ukraine geliefert werden sollten.

USA TRICKSEN BEI BIOWAFFENFORSCHUNG

Das russische Verteidigungsministerium hat neue Erkenntnisse über die von den USA betriebenen Biowaffenlabore in der Ukraine veröffentlicht. Demnach ist eine wichtige Institution, die solche Labore betreibt, das ukrainische Wissenschafts- und Technologiezentrum (STCU), eine auf den ersten Blick nicht-öffentliche Einrichtung. Diese sei jedoch in den vergangenen Jahren mit insgesamt 350 Millionen Dollar aus Washington finanziert worden. Seiner Satzung zufolge ist das STCU eine internationale, zwischenstaatliche Vereinigung, die dazu gegründet wurde, die Verbreitung von Wissen und Erfahrung im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

Tatsächlich war seine Hauptfunktion in den vergangenen Jahren jedoch, Zuschüsse an für das Pentagon interessante Forschung, auch an biologischen Kampfstoffen, zu verteilen. Seinen Hauptsitz hat das STCU in Kiew, doch gibt es auch Regionalbüros in Cherkow und Lwow, sowie außerhalb der Ukraine zum Beispiel in Tiflis, also an vielen Orten, an denen die USA unter Umgehung internationaler Verträge Biowaffenlabore betreiben. Maria Sacharowa, Pressesprecherin des russischen Außenamtes, betonte nochmal, dass auch Deutschland in die Biowaffenaktivität der Ukraine involviert sei.

NAZI-HOCHBURG FÄLLT

Die Kämpfe um Mariupol scheinen sich langsam dem Ende zu nähern. Die Stadt ist mittlerweile fast vollständig von russischen Soldaten eingenommen. Am Dienstag den 19. April 2022 wurde auch der Sturm auf die letzte Bastion, das Asow-Stahlwerk, eröffnet. Diese wird von Kämpfern des Asow-Bataillons verteidigt, das seinen Hauptsitz in Mariupol hatte. Jedoch haben sich bis zu 1.000 Kämpfer bereiterklärt, ihre Waffen niederzulegen und sich in russische Gefangenschaft zu begeben. Es gibt jedoch auch Meldungen, nach denen die Asow-Führung jedem mit Erschießung drohe, der die Waffen niederlegt. Russland gab den ukrainischen Kämpfern eine letzte Gelegenheit, die Waffen niederzulegen und das Kampfgebiet zu verlassen, und richtete auch Korridore für die Evakuierung von eventuell in dem Gebiet verbliebene Zivilisten ein.

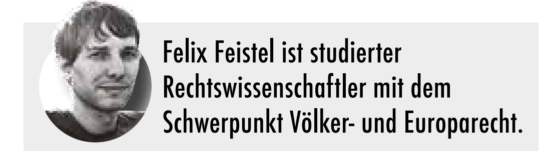
Ausländische Regierungen scheinen ein reges Interesse an den Asow-Stahlwerken zu haben. Denn dort gibt es Katakomben, die als Atomschutzbunker eingerichtet sind. Mehrmals haben ukrainische Soldaten versucht, mit Hubschraubern einzelne Personen oder Gegenstände zu evakuieren. Auch hat der französische Präsident Emmanuel Macron immer wieder versucht, Wladimir Putin dazu zu bewegen, humanitäre Korridore aus Mariupol in Richtung Ukraine zu öffnen, und das, obwohl die Bewohner der Stadt sich relativ frei von dieser Stadt entfernen können.

Zudem scheint die ukrainische Regierung mit dem Voranschreiten der russischen Operation in Mariupol immer verzweifelter. So drohte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gar damit, dass die Verhandlungen ein Ende finden würden, sollte Russland die Eroberung Mariupols nicht umgehend einstellen. Russische Analysten vermuten daher eine geheime Einrichtung, wie etwa ein Biolabor zu finden. Es wird auch gemutmaßt, dass hochrangige Nato-Offiziere dort eingekesselt sind.

DER DONBASS SOLL KOMPLETT BEFREIT WERDEN

Die russische Regierung kündigte an, dass die russische Operation nun in die zweite Phase übergehe. Diese beinhalte die Befreiung des gesamten Donbass, also der Eroberung aller Städte und Dörfer, welche die Donbass-Republiken als ihnen zugehörig betrachten. Die beiden Republiken hatten sich nach dem Maidan 2014 in Volksabstimmungen für von der Ukraine unabhängig erklärt. Die damaligen Beitrittsgesuche zur russischen Föderation waren von der russischen Regierung abgelehnt worden.

Selenskyj hat die Zahl der bisher gefallenen ukrainischen Soldaten mit 2.000 bis 3.000 beziffert. Die Verluste Russlands gab er hingegen mit mehr als 20.000 an. Russland hingegen beziffert die Verluste der Ukraine mit mehr als 23.000 Soldaten. Auch seien mehr als 2.000 gepanzerte Fahrzeuge, 139 Flugzeuge und 483 unbemannte Fluggeräte der Ukraine seit Beginn der Operation zerstört worden. Auch seien in der Ukraine mehr als 1.700 polnische, und mehr als 1.000 nordamerikanische Söldner aktiv.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Russen und Deutsche möchten ein friedliches Zusammenleben. Russische Anti-Diskriminierungsdemo in Osnabrück, 9. April 2022. Foto: Hannes Henkelmann

KRIEGSENDE IN SICHT?

Neues von der Ostfront | Von Felix Feistel



PISTORIUS & CO DREHEN FREI

DW/Hannover. Laut Meldung der Tageszeitung *junge Welt* vom Dienstag haben die deutschen Bundesländer Bremen und Niedersachsen das Zeigen der Flagge der Sowjetunion verboten. Die unter dem Corona-Regime bislang widersprüchlich agierende antifaschistische Organisation VVN-BDA legte Protest ein. Klagen gegen das Verbot werden erwartet. Beim russischen Einmarsch in die frühere Sowjetrepublik Ukraine sind regelmäßig die Fahnen der UdSSR zu sehen. Zuvor versuchten deutsche Politiker bereits, den Buchstaben Z verbieten zu lassen, weil dieser auf Militärfahrzeugen der russischen Föderation zu sehen ist. (ale)

MELDUNG

SYRIEN MELDET KRIEGSVERBRECHEN AN UN

Damaskus/DW. Der Staat Syrien hat den Vereinten Nationen (UN) ein offizielles Schreiben mit Informationen über mutmaßliche Kriegsverbrechen der US-geführten Koalition in Raqqa im Jahr 2017 übermittelt. Dies teilte das Außenministerium des Landes am Montag mit. Darin heißt es, dass »die US-Militäroperation, die die illegalen internationalen Koalitionstruppen zwischen Juni und Oktober 2017 in Raqqa durchführten, zur fast vollständigen Zerstörung der Stadt und Tausender ihrer Zivilisten führte«. Die Einleitung von Ermittlungen wird erwartet. (ale)

JULIAN ASSANGES AUSLIEFERUNG GERICHTLICH STATTGEGEBEN

London/DW. Das britische Westminster Magistrates' Court erließ den Auslieferungsbeschluss, mit welchem die Auslieferung des *Whistleblowers* und Investigativjournalisten Julian Assange an die USA stattgegeben wird. Die Anwälte von Assange haben einen Monat Zeit, um Gründe für einen Einspruch vorzulegen. In den USA drohen dem Australier 175 Jahre Haft wegen »Spionage«. UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer kam nach persönlicher Visite im Hochsicherheitstrakt Belmarsh in London zu dem Ergebnis, dass Assange psychisch gefoltert werde. Eine Verbesserung seiner Haftbedingungen in den USA ist nicht zu erwarten. (nir)

RUSSLAND DEMONSTRIERT NUKLEARE MACHT

Moskau/DW. Der russische Präsident Wladimir Putin ließ am Mittwoch, den 20. April 2022 eine neue atomar bestückbare Interkontinentalrakete testen. Den Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge soll die Rakete des Typs Sarmat mit einer Reichweite von 18.000 Kilometern weltweit die fortschrittlichste sein. Russland stärke mit diesem Waffensystem massiv sein nukleares Potenzial und zwinge jene zum Nachdenken, die das Land bedrohen, so Putin. (ber)

EXPORTE NACH RUSSLAND HALBIERT

Berlin/Moskau/DW. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte sind die deutschen Exporte nach Russland im März im Vergleich zum Vorjahresmonat um 57,5 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro zurückgegangen. Somit rutscht Russland auf Platz zwölf der wichtigsten Handelspartner deutscher Unternehmen. Wirtschaftsexperten kritisieren die suizidale Sanktionspolitik der Bundesregierung. Der Einbruch des Außenhandels schade beiden Seiten und träfe in erster Linie die arbeitende Bevölkerung. Eine Verschärfung der Wirtschaftskrise sei vorprogrammiert. (ber)

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | Von Werner Meixner

Das Jahr 2020 wurde zur Zeitenwende. Mehr denn je ging es in diesem Jahr um Wahrheit und Lüge in der Politik.

Die Welt-Gesellschaften werden die politischen Verbrechen an der Menschheit nicht mehr dulden, sie werden zum Menschenrecht zurückfinden und nicht zulassen, dass Menschenrechte, Demokratie und Meinungsfreiheit mithilfe von Lügen ausgelöscht werden. Mittlerweile gehen die auf Lügen begründeten Maßnahmen gegen ein Virusgespenst in den Köpfen verirrter Politiker hart an die Grenze geschichtlicher Höchstverbrechen. Die Ungeimpften sind in Gefahr, als »Volksschädlinge« ähnlich dem Judenstern in der Zeit des Nationalsozialismus gekennzeichnet zu werden. Die stattfindende systematische Volksverhetzung durch Politik und Medien kann man als Einleitung zur Kasernierung von »Volksschädlingen« verstehen. Aber die Menschheit ist aufgewacht und wird die Verbrecher zur Rechenschaft ziehen.

Alsbald schon fiel auch dem einfachen Bürger der grundsätzliche Widerspruch im Handeln der Politiker auf, die das gesundheitliche Wohl der Menschen durch Verbreitung von mittelalterlicher Angst und Schrecken, Zerstörung von wirtschaftlicher Existenz und von gesellschaftlichem Zusammenleben, Aufhebung fundamentaler Grund- und Menschenrechte zu erreichen vorgaben. Förderung von Gesundheit und gleichzeitige Zerstörung der Lebensverhältnisse sind ein Grundwiderspruch, der die Lebenserfahrung der Bürger ins Gegenteil verkehrt. Gefährliche Pandemien waren immer schon die Folge von krankmachenden Lebensverhältnissen, und ganz sicher nicht von Coronaviren, die seit zig Jahrtausenden mit Menschen in Symbiose zusammenleben. Ähnliches gilt für nahezu alle anderen, möglicherweise gefährlichen viralen oder bakteriellen Erkrankungen. Die Gesundheit der Menschen ist stets ein Spiegelbild gesunder gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, letztendlich das Spiegelbild eines gesunden Immunsystems.

MAFIÖSES MACHTSTREBEN

In Wahrheit ist die Impfung im Verein mit drakonischen Maßnahmen als Vorbereitung eines monströsen Vorhabens jener Mafia von ultrareichen Vermögenden in den USA gedacht, die die Macht insbesondere über Banken und Finanzen in wenigen Händen konzentriert halten. Sie planen den totalen Umsturz der Weltgesellschaften, der verborgen hinter einer narrativen Fassade von Propagandalügen abgewickelt werden soll. Mit Gesundheitsförderung hat dieses Vorhaben nichts zu tun, mit Verbrechen einer Mafia ist die Wahrheit über dieses Vorhaben dagegen zutreffend beschrieben.

Die Investmentbankerin und intime Kennerin der US-amerikanischen Machtstrukturen Catherine Austin Fitts, die unter US-Präsident George Bush Senior als Staatssekretärin (*Assistant Secretary*) auf höchster Ebene für die US-Regierung tätig und für Portfolio- und Investitionsstrategien für Finanzanlagen und -verbindlichkeiten im Wert von etwa 300 Milliarden Dollar verantwortlich war, breitete in Interviews und eigenen Veröffentlichungen (siehe Solaris-Report) Insiderwissen aus, das nach Meinung des Buchautors Martin Wendisch (2021b) wegen seiner politischen Bedeutung und Offenheit in die Geschichte eingehen könnte. Wendisch schreibt (2021a) einleitend zu seiner Übersetzung eines Interviews mit Catherine Austin Fitts vom 22.11.2020 (Fitts 2020):

»Austin Fitts beschreibt ein Szenario, bei dem Politik, Medien, Finanzeliten, die großen US-Technologiekonzerne sowie die internationale Pharmaindustrie derzeit gemeinsam daran arbeiten, die gesamte Menschheit unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen: finanziell, aber auch politisch, gesellschaftlich, ökonomisch, und ›mental‹ durch die öffentlichen Medien.« Dies ist der große Plan, den Klaus Schwab im Jahr 2020 als Plan des WEF in seinem Buch *The Great Reset* (Schwab 2020) beschrieben hat und wofür er Propaganda macht. Satanischerweise behauptet er, dass die Menschen dabei glücklich sein werden. Einige ideologisch verblendete Dummköpfe, die es immer gibt, glauben Schwab.

Ziel ist es, so Fitts, die vormals freiheitlich-demokratische Wirtschaftsordnung des Westens in ein politisch-ökonomische totalitäres System analog zum chinesischen ›Zukunfts‹-Modell umzuwandeln. Die Entscheidung dafür ist bereits am 22. August im Jahr 2019 in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming gefallen. Dort verabschiedeten die US-Zentralbanker in einer gemeinsamen Konferenz den sogenannten »Going-Direct-Plan«. (Fitts 2020) Dazu muss man wissen, dass die eigentliche Macht in den USA nicht bei den gewählten Volksvertretern, eingeschlossen den Präsidenten, liegt, sondern bei dem privaten Konglomerat aus Vermögenden, Banken, Finanzeliten, CIA und Großkonzernen, insbesondere der Technologie- und Pharmaindustrie, das Austin Fitts griffig als »Mister Global« (Fitts 2020) bezeichnet.

DIGITALE DOMINANZ DER GROSSKONZERNE

Fitts beschreibt das in Jackson Hole beschlossene neue System als digitales Transaktionssystem, in dem die gesamten Aktionen der Menschen auf dem Planeten digital erfasst, monetär bewertet und zentral kontrolliert werden. Sämtliche Geldflüsse werden darin durch Kontobewegungen repräsentiert. Bargeld, ja sogar der Währungsbegriff selbst wird praktisch verschwinden. An dessen Stelle tritt für jede Person auf der Welt ein Konto bei der Zentralbank, mit dem sie alle persönlichen Geldtransfers erledigen muss. Die Menschen sollen kein wirtschaftliches Eigentum mehr besitzen. Sämtliche Ressourcen der Welt gehen in das Eigentum von Großkonzernen über; kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Gemeinden, werden aufgelöst oder Konzernen angegliedert. Wenn in Zukunft die gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen



Belgische Demonstrantinnen gegen das Corona-Regime am 11. September 2021 in Brüssel. Foto: Alexandrus Mich

VERNUNFT GEGEN DEN

Aktionen der Menschen einschließlich jedweder Kommunikation digital und vernetzt erfolgen, wird es Privatsphäre nicht mehr geben. Selbst die Körperfunktionen der Menschen sollen einem digitalen Zugriff geöffnet werden. Damit wird das gesamte Leben jedes einzelnen Menschen einer zentral gesteuerten totalen Kontrolle und Überwachung unterworfen. (Meixner 2020a) Beispielsweise kann durch zentralgelenkte Manipulation und Sperrung des Kontos jeder unbotmäßige Mensch in die Verzweiflung getrieben werden, da er als Einzelner der globalen Privatmacht rechtlos gegenübersteht. Sein eigener Staat schützt ihn nicht mehr. Zwecks Ausbeutung der Genressourcen, Robotisierung und Reduktion der Menschheit kann man dann Genexperimente in Echtzeit am Menschen durchführen. Eugenik des Transhumanismus und Technokratie gehen mit digitaler Vernetzung Hand in Hand.

EIN KRIEG GEGEN DIE MENSCHHEIT

Der Beschluss in Jackson Hole war der Start, die Menschheit in die Sklaverei zu führen und gleichzeitig ein Paradies für eine winzige Minderheit von ultrareichen Vermögenden zu schaffen, die selbstverständlich all ihr unermessliches Vermögen privat behalten und außerdem die Weltressourcen privat übernehmen sollen. Nebenbei verspricht sich diese Feudalmafia davon, jegliche Umweltprobleme durch zahlenmäßige Reduktion der Menschheit lösen zu können, je nach Gusto auf die Hälfte, ein Drittel oder gar bis zu einer Zahl von 500 Millionen Menschen. Zur Umsetzung des Plans wurde der Menschheit im Jahr 2020 der Krieg erklärt. Er wird mit modernsten Waffen geführt. Hinter der Maske der totalen Digitalisierung verbirgt sich die *Full Spectrum Dominance*, das heißt, das im Jahr 2009 formulierte und beschlossene US-militärische Programm der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Bereiche in den Krieg mit allen Mitteln; *Full Spectrum Dominance* bedeutet totaler Krieg. Die zur Anwendung kommenden Waffen sind: totale Digitalisierung, Spionage, Plünderung der privaten Daten, Zerstörung der Privatsphäre, Erzeugung von Lebens- und Todesangst, Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz, Beraubung der Ressourcen bis hin zu Wasser und Luft, Spaltung der Gesellschaft, Zensur, Volksverhetzung, unendliche Vielzahl von Propagandalügen zur Erzeugung einer fassadenartigen Pseudowahrheit, Zerstörung von wahrhaftiger Kommunikation, von Sprache, von Meinungsfreiheit und von Menschenrechten, Zerstörung der Souveränität eigener regionaler Staaten, Zerstörung des Rechtssystems, Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit, Zerstörung des Lebens. Die Angriffe der Feudalmafia zielen auf alle Lebensbereiche der Menschen. Bei der direkten Bekämpfung einer eventuellen Gegenwehr werden alle psychologischen Waffen und schließlich auch konventionelle



ailidis (SST)

IRRSINN DER MACHT

Waffen zum Einsatz kommen. Zu globalem Denken befähigte, unabhängige Leute wie Warren Buffet, einer der reichsten Multimilliardäre, oder Catherine Austin Fitts haben bestätigt, dass der totale Krieg bereits begonnen hat.

Wir stehen vor der Wahl Sklaverei oder Freiheit: entweder die Sklaverei zu erdulden oder endlich eine menschenwürdige, die Menschenrechte beachtende, demokratische Gesellschaft aufzubauen und der kriminellen, globalen Feudalmafia den Kampf anzusagen. Es ist ein Gebot der Vernunft und eine ethische Verpflichtung unseren Kindern gegenüber, die Sklaverei abzulehnen und die Freiheit zu wählen. Der Mensch kann sich frei entscheiden, aber die Entscheidung für die Sklaverei vernichtet seine Existenz als Mensch, seine Würde, das ist Selbstmord. Die lebensbejahenden Menschen müssen sich also für die Freiheit entscheiden. Wer sich nicht entscheidet, wird automatisch zum Sklaven. Deshalb muss sich jeder entscheiden.

Das substantive Wir ist die Gruppe derjenigen, die sich gegen die Sklaverei der kriminellen, globalen Feudalmafia und für die Erhaltung einer menschenwürdigen, die Menschenrechte beachtende, demokratische freie Gesellschaft, für die Vernunft entschieden haben, das heißt für Wahrheit, Ethos, Kreativität, Souveränität, Menschenrecht und Gemeinwohl, und insbesondere für das Leben als lebendige Natur im Gegensatz zu einer Existenz als seelenloser Maschinenmensch und Befehlsempfänger in der transhumanistischen Technokratie.

WIR IM WIDERSTAND

Ich rufe dazu auf, dieses Wir zu einem Begriff unserer Sprache zu machen, um den Kampf gegen die Unmenschlichkeit und Sklaverei als Gruppe führen zu können. Es soll das Wir der ursprünglichen Aufklärung bedeuten, also die Gruppe derjenigen, die den anderen Menschen gleiche Würde zusprechen, und die insofern Gerechtigkeit möglich machen. Wer die Menschen zu Sklaven machen will, gehört nicht der höheren Kultur der Aufklärung an; die Kultur der Aufklärung ist eine Kultur der Selbsterkenntnis und unterscheidet sich damit grundsätzlich von dem behavioristischen Positivismus der äußerlichen Beobachtung. »Was du nicht willst, das man dir tut, das füg' auch keinem andern zu«, so haben Wir das als Kinder gelernt. Anders ausgedrückt: Wenn du nicht versklavt werden willst, dann versklave auch nicht den anderen. Die Soziologie der Macht wird sich der Sklavenhaltung als neuem Thema widmen müssen.

Die Frage ist, wie Wir in diesem Krieg unsere Freiheit wirksam verteidigen können. Unsere Aktionen dürfen nicht halbherzig geschehen. Der Kriegsgegner braucht nicht belehrt zu werden, dass seine Aktionen vielleicht gegen die Menschenrechte verstoßen, denn er weiß das selbst und setzt dies als Waffe ein. In den Neuen Medien liest man häufig »besorgte Stimmen«. Da wird gefragt, ob es nicht sein könnte, dass »die andere Seite« irrt, deren Handlungen vielleicht falsch sind, ethisch verwerflich. Dem Gegner Verbesserungsvorschläge zu machen, ist absurd. Sorgen und Zweifel zu artikulieren, ist zu wenig. Man muss sich klar entscheiden für das, was wahr ist, um dann klare Handlungen daraus herzuleiten. Der Kriegsgegner muss klar und persönlich identifiziert werden.

Wir müssen die Waffen des Gegners kennen. Sie sind bereits gut durch die Kriegsstrategie der *Full Spectrum Dominance* beschrieben. Wir müssen uns bewusst machen, dass diese Waffen in allen unseren Lebensbereichen bereits installiert wurden. Die Spione der Telefonie, die total vernetzte Digitalisierung, die Instrumente der vernetzten Überwachung, die KI sind einige Beispiele für diese Waffen. In einer wirksamen Gegenwehr müssen diese Waffen unschädlich gemacht werden. So muss beispielsweise die Privatsphäre wieder hergestellt werden und der Datendiebstahl verhindert werden. Die Propaganda, dass unsere Wirtschaft leiden würde, wenn wir den Datendiebstahl verhindern, greift nicht, weil es unsere Wirtschaft ja nicht mehr geben wird, wenn wir alle den Kampf verlieren. Eine der wichtigsten Verteidigungsmaßnahmen wird sein, dass Wir untereinander die analoge Kommunikation wieder einführen.

KENNE DEINEN FEIND

Eine der Voraussetzungen einer Verteidigungsstrategie ist die möglichst genaue Kenntnis der Kriegsziele des Gegners. Hier reicht es nicht aus, wenn man nur die veröffentlichten Erklärungen des Kriegsgegners heranzieht. Es muss das europäische Vorsorgeprinzip gelten.

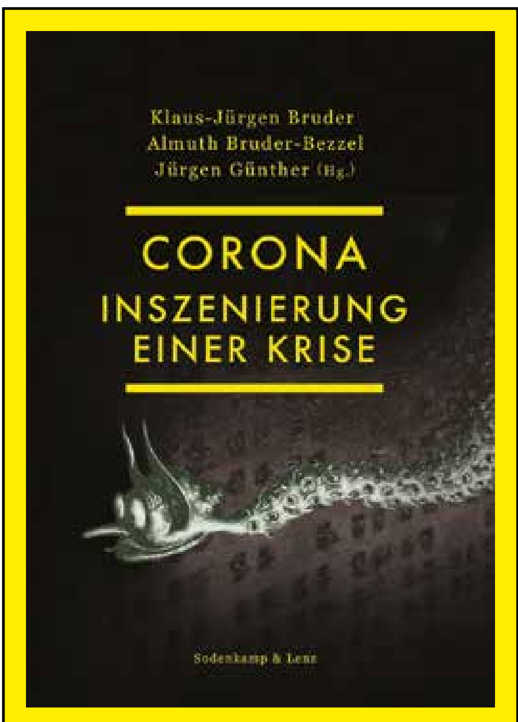
Die Verteidigungsstrategie muss bei der Analyse der Motive beginnen, die »Mister Global« veranlasst haben, einen Krieg gegen die Menschheit zu planen und zu führen. Das wichtigste Kriegsziel, das alle Leute der Feudalmafia selbst bei divergenten sonstigen Interessen vereint, ist die Aufrechterhaltung des unbeschränkten Wachstums ihres Reichtums sowie die Sicherung der damit einhergehenden unendlichen Macht ihres Geldes innerhalb des Korruptionssystems. Ihr in den vergangenen Jahrzehnten oder Jahrhunderten angehäufter, durch Gewinnmaximierung ständig vergrößerter Profit dürfe unter keinen Umständen gefährdet werden. Andererseits ist den sich mehr und mehr demokratisierenden und sich von nichtlegitimierten Mächten befreienden Gesellschaften klar geworden, dass der räuberische Kapitalismus mit den sich steigernden Finanzkrisen an seinem Ende angelangt ist. Wie aber kann er, »Mister Global«, die demokratische Gesellschaft davon abhalten, seine Reichtümer und seine illegitime Macht zu beseitigen und sich von seiner Macht und Kontrolle zu emanzipieren? Lässt man alle Moralvorstellungen, weil für die Mächtigen irrelevant, beiseite, dann ist die naheliegende Lösung für »Mister Global«: Versklavung der Menschheit, das heißt Abschaffung von Demokratie und Menschenrechten, sowie schrittweise Reduzierung der Weltbevölkerung.

Der politische Inbegriff technischer Barbarei heißt Technokratie. Sie wurde festgeschrieben durch die Agenda 21 der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Biodiversitätskonvention. Beides wurde von fast allen Staaten der Welt in den Jahren 1992 und 1993 abgesegnet und bildet seither die Grundlage für den Umsturz der Weltordnung zugunsten von Großkonzernen, denen die Ausbeutung und Änderung der Genressourcen der Menschheit ermöglicht werden soll. Hinter der Fassade des Umweltschutzes wird die gentechnische digitale Manipulation der Menschheit als technisch-experimentelle Spielwiese und unendliche Profitquelle der Pharmaindustrie und der IT-Konzerne ermöglicht. Dies wird zu den größten Menschheitsverbrechen der Weltgeschichte führen, wenn wir uns nicht auf die Vernunft besinnen.

Zentralisierung ist ein lebensfremdes Herrschaftsprinzip der Berechenbarkeit. Setzen wir das Lebensprinzip der Dezentralisierung dagegen!

Audio auf apolut.net. Vollständiger Text im Buch, s.u.

Werner Meixner ist Akademischer Oberrat i. R. an der Fakultät für Informatik der TU München. Er studierte dort Physik, Mathematik und Informatik, ab 1972 Forschung und Lehre am Institut sowie an der Hochschule der Bundeswehr mit den Schwerpunkten Theoretische Informatik, Wahrscheinlichkeitstheorie, Numerische Mathematik, Multimodale Mensch-Maschine-Kommunikation, Wissenschaftsethik. Seit 2015 Publikationen und Vorträge zu den Themen Rückkehr der Informatik zu einer humanen Sinnorientierung und gesellschaftliche Gefahren der digitalen Vernetzung.



Der vorliegende Text Werner Meixners ist ein Auszug aus »Corona. Inszenierung einer Krise.« Die Anthologie erscheint im Mai 2022, herausgegeben von Professor Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther bei S&L Berlin.

Mit weiteren Originalbeiträgen für diesen Band von Rudolph Bauer, Eva Borst, Jeannette Fischer, Magda von Garrel, Uli Gellermann, Hannes Hofbauer, Andrea Kleeberg-Niepage, Michael Ley & Carl Vierboom, Georg Lind, Christiane Reymann, Matthias Rudlof, Michael Schneider, Robert Scholz, Christoph Seidler, Harald Walach sowie den Herausgebern.


Will Xavier wieder zum Mainstream gehören? Foto: gemeinfrei

XAVIER NAIDOO NIMMT DEN ALUHUT AB

Der Ukraine-Krieg hätte Naidoo zum Umdenken gebracht und dazu bewegt, sich von »Verschwörungserzählungen« loszusagen. Dieser unerwartete Sinneswandel wirft einige Fragen auf. | Von Nicolas Riedl

In drei Minuten schwörte Xavier Naidoo etlichen seiner Positionen der letzten Jahre ab. Unter dem Titel #OneLove veröffentlichte er überraschend ein *Statement*-Video. In diesem erklärte er, er habe sich in den letzten Jahren bei seiner Suche nach der Wahrheit verrannt, blenden und instrumentalisieren lassen.

Er habe sich Gruppierungen und Sichtweisen geöffnet und unkritisch angenähert, ohne diese kritisch zu hinterfragen. Mit seinen Äußerungen hätte er seinen Zuhörern vor den Kopf gestoßen. Dies täte ihm leid und er distanziere sich in aller Ausdrücklichkeit von »Verschwörungserzählungen«, »rechten und verschwörerischen Gruppen«. Dass er sich in einer Blase befunden hätte, habe er erst jetzt mit dem Ukraine-Krieg erkannt. In dieses Kriegsgeschehen sei auch seine Familie verwickelt.

Selbsterklärend wirft diese Stellungnahme etliche Fragen auf, die in dem Video unbeantwortet bleiben. Aus welchen Gründen gelangte Naidoo angesichts des Ukraine-Kriegs zu der Erkenntnis, dass er sich in der Wahrheitssuche verrannt hatte? Warum war er aus dem »Aufwachprozess« »aufgewacht«? Warum hat Putins Angriff auf die Ukraine bei dem Sänger dafür gesorgt, dass er – so impliziert es die Stellungnahme – nun beispielsweise doch entgegen früherer Verlautbarungen an die offizielle Version von 9/11 glaubt, Ritualmorde abstreitet, das offizielle Klima- und Corona-Narrativ vertritt und die Gen-Spritzen für unbedenklich hält? Warum hebt das eine all das andere auf?

Über das Motiv hinter diesem kurzen *Statement* kann nur spekuliert werden. Vielleicht handelt es sich um einen Geniestreich, um die Leitmedien vorzuführen, als dass ihr Verhalten offenbar wird, wenn ein Abweichler vorgeblich zur »richtigen Seite« zurückkehrt und damit die Meinungsopposition diskreditiert werden kann. Vielleicht löst Naidoo das Ganze in wenigen Tagen auf und hätte damit den gesamten leitmedialen Apparat an der Nase herumgeführt.

Sollte das *Statement* – aus welchen Gründen auch immer – ernst gemeint sein, würde sich vor Naidoo ein Vakuum seiner Künstler-Identität auftun. Wer bliebe denn hier noch als Fan übrig? Jene alten Fans, die dem Sänger nicht auf dessen Positionen der letzten Jahre folgten, dürften dem Mannheimer schon vor Jahren den Rücken gekehrt haben. Schwer vorstellbar, dass nach Jahren des teilweise wahrlich abstrusen »Schwurbel-Exzesses«, Naidoo bei diesen innerhalb von drei Minuten rehabilitiert und wieder gehört werden würde. Und die »systemkritischen« Fans wiederum werden ihrem Idol den Seitenwechsel wohl nur schwerlich verzeihen.

Ganz gleich wohin sich Naidoo nun bewegt – »dieser Weg wird kein leichter sein«.


Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

POP POP

Von Nicolas Riedl


Am 28. Juli 2022 startet wieder das beliebte Friedens-Festival. Foto: Pax Terra Musica

NICHT AUS MODE »FÜR DEN FRIEDEN«

Die Macher des Pax-Terra-Musica-Festivals waren schon für den Frieden, bevor es »angesagt« war. Bereits seit 2017 fanden die Festivals bis zu Beginn der neuen Normalität jährlich statt. 2022 kehrt das Friedensfestival zurück und hat dieses mal auch Interpreten aus dem »Mainstream« im *Line-Up* (Liste der auftretenden Künstler). Am Start ist zum ersten Mal die sogenannte Spielvereinigung, bestehend aus Gentleman, Rolf Stahlhofen & Friends, Gaston, Söhne Mannheims. Ihr Auftritt dort beweist, dass sie nicht zu jenen Opportunisten gehören, die nur für Frieden sind, wenn es die Systempresse für legitim und wünschenswert ausweist. Wer beim Pax-Terra-Musica auftritt, macht sich in den Leitmedien angreifbar. Zusammen mit den eben genannten »Acts« ist die altbekannte Friedens-Garde aus Äon, Morgaine, Kilez More und vielen weiteren ebenfalls wieder vertreten.


Für einen freien statt einen gehirngewaschenen Geist – Kollegah mit »Free Spirit«. Foto: Alpha Music Empire.

HYMNE FÜR FREIGEISTER

Mit »Free Spirit« liefert der Deutschrapper Kollegah eine Hymne an die Selbstermächtigung, sowie einen Appell, die in immer neuen Kriegen mündende Gewaltspirale zu durchbrechen. Es ist ein Aufruf an die Menschen, ihr Handeln nicht daran auszurichten, was irgendwelche selbsternannten Autoritäten auftragen, sondern Kraft des eigenen Verstandes Entscheidungen zu treffen. Mit aktuellem Bezug zur Ukraine endet das Video mit dem Friedenschließenden Handschlag zweier Soldaten, die sich zuvor noch mit angelegten Gewehren gegenüberstanden. Das gleichnamige Album erscheint bereits diesen Sommer.



DER SIEG VON OSTERN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Karfreitag. Der bestmögliche Mensch wird vom Staat grausam hingerichtet. Er hatte die Menschen gelehrt, das Gute zu tun, und die religiösen Führer kritisiert, welche die Menschen durch Vorschriften gängelten.

Wer kompromisslos das Gute tut und lehrt und nicht den herrschenden Vorschriften gehorcht, der wird in dieser Welt oft verfolgt. Denn Menschen, die sich durch das Gute und damit durch Gottes Willen leiten lassen und die sich nicht anpassen, sind für den Staat, der den Menschen Vorschriften macht, gefährlich. Jesus sagte daher seinen Nachfolgern oft voraus, dass sie verfolgt werden und »den Gerichten übergeben« (Mk 13,9) werden.

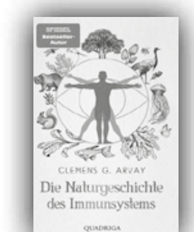
Viele Menschen spüren, dass Jesus – obwohl er grausam getötet wurde – der Sieger ist, weil er unschuldig und aufrecht war, und dass die, die Jesu Kreuzigung bewerkstelligt haben, die Verlierer sind, weil sie gegen das Gute waren. Diejenigen, die gegen die Corona-Maßnahmen gekämpft haben und deshalb verfolgt wurden, haben auch einen Sieg dieser Art errungen, und diejenigen, die sie verfolgt haben, sind die Verlierer.

Das christliche Osterfest bedeutet aber mehr als nur, dass der unschuldig Leidende in Wirklichkeit der Sieger ist. Wir Christen glauben, dass dieser Jesus der von Gott gesandte Erlöser war und dass dies seinen Jüngern und auch uns durch seine Auferstehung bewiesen wurde. Ostern hat daher nicht nur eine symbolische, sondern auch eine historische Bedeutung. Es hat dem Menschen ermöglicht, dass seine Beziehung zu Gott geheilt wird. Das ist keine bloße Jenseitsvertröstung, denn das Christentum will auch diese Welt verbessern. Jesus will, dass der Mensch eine heile Beziehung zu Gott bekommt und dann »Licht« in der Welt ist. Die Corona-Krise, in der viele Menschen gespürt haben, dass ein Kampf zwischen Gut und Böse tobt, war eine Gelegenheit, Licht in der Welt zu sein.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin

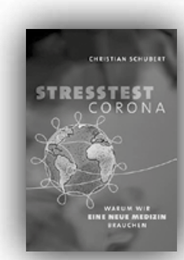


Die Naturgeschichte des Immunsystems.
Clemens G. Arvay

Quadriga
978-3-86995-119-5



Herdengesundheit.
Der Weg aus der Corona-Krise und die natürliche Alternative zum globalen Impfprogramm
Michael Nehls
Mental Enterprises
978-3-9814048-7-6



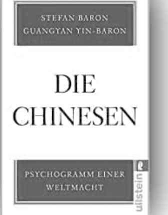
Stresstest Corona.
Warum wir eine neue Medizin brauchen
Christian Schubert
Books on Demand
978-3-7557-5840-2



Vitamin D - Das Sonnenhormon.
Warum die Sonne so wichtig für uns ist - Wie Sie Ihren Vitamin-D-Vorrat auftanken
Wiliam B Grant, Jörg Spitz
Mankau Verlag
978-3-86374-178-5



Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut
Albrecht Müller
Westend
978-3-86489-218-9



Die Chinesen.
Psychogramm einer Weltmacht
Stefan Baron, Guangyan Yin-Baron
Ullstein Taschenbuch Verlag
978-3-548-06132-0



Links blinken, rechts abbiegen.
Die unheimliche Allianz zwischen Neurechten, woken Antideutschen und amerikanischen Neokonservativen
Eva C. Schweitzer, Westend
978-3-86489-342-1



Wer, wenn nicht Bill?
Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft
Sven Böttcher
Rubikon
978-3-96789-016-7



Hinter der Zukunft.

Thomas Eisinger
Nova MD 2021
978-3-96966-861-0



Wer schweigt, stimmt zu.
Über den Zustand unserer Zeit. Und darüber, wie wir leben wollen.
Ulrike Guérot, Westend
978-3-86489-359-9



Die Oscars 2022 wurden gesponsert von Biontech und Pfizer. Collage: DW/Jill Sandjaja

Publicitiy-Stunt für Pfizer

Was ist der Oscar eigentlich noch wert? | KOMMENTAR von Jill Sandjaja

Spätestens seit der Oscarverleihung 2022 steht Hollywood nicht mehr für Glanz, Glamour und großartige Filme, sondern für Skandale, sogenannte Soziale-Gerechtigkeits-Krieger und deren Sponsoren.

Obwohl die Oscars 2021 die niedrigsten Einschaltquoten von 10,4 Millionen Zuschauer verzeichneten, sponsorten die Pharmamogule Biontech und Pfizer zum ersten Mal die diesjährigen Oscars. Bei diesem Spektakel ging es leider nicht um Filmkunst, sondern um Politische Korrektheit, Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit.

Nicht nur weil das Gehörlosen-Drama »Coda« den Preis für »Bester Film« gewann und die einst funkelnden Hollywood-Sternchen mit einem blauen Band als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine auf dem roten Teppich aufkreuzten, sondern auch weil der Moderator und Komiker Chris Rock einen schlechten Witz über die Glatze der Schauspielerin Jada Pinkett Smith riss, die an kreisrundem Haarausfall leidet. Daraufhin verpasste ihr Ehemann Will Smith Herrn Rock eine Ohrfeige. Ein kreisrunder Haarausfall und die Ohrfeige werden zum Mittelpunkt des Abends. Der Oscar für den »Besten Hauptdarsteller« geht an Will Smith. Die Welt gerät ins Staunen. Selbst die *Tagesschau* berichtet über diesen Vorfall geschlagene sieben Minuten, und die Einschaltquoten der Filmpreisverleihung stiegen um 50 Prozent zum Vorjahr.

Ob diese Einschaltquoten ausgereicht haben, um das neue Medikament Etrasimod von Pfizer, das unter anderem auch gegen Haarausfall helfen soll, ausreichend zu vermarkten? Wer weiß. Eins ist aber sicher: Die Fantasiewelt, die Schauspieler und Unternehmer den Menschen zwanghaft verkaufen wollen, will niemand mehr sehen. Trotz Skandal bleiben es die zweitniedrigsten Einschaltquoten des wichtigsten *Events* der US-amerikanischen Filmindustrie.



SPORT MIT BERTHOLD

BEWEGUNG!

Wenn man anfängt, Sport zu treiben: Lieber zunächst zunächst etwas weniger und dafür häufig.

In der Gruppe ist es viel einfacher, als alleine in Bewegung zu kommen. Es gibt zum Beispiel überall Lauftreffs. Wer noch nie Joggen war, kann mit zwölf Minuten beginnen und immer eine Minute steigern. Gutes Schuhwerk macht einen Unterschied, ich empfehle ein Fachgeschäft mit Laufanalyse auf dem Laufband. Gelenkschonende Sportarten sind Schwimmen und Fahrradfahren. Wer zuhause radeln will, fängt mit einem Heimtrainer an (z.B. Tacx). Zunächst nur 15 Minuten, dann steigern im Fünf-Minuten-Takt. Ich persönlich nutze einen »Waterrower«. Dazu kann man Musikhören oder einen Film schauen. Man beginnt ebenfalls mit 15 Minuten und steigert um je fünf. Die Rudergeräte für Zuhause sind teuer, kann man aber auch mieten. Ich nutze einen Inversionstisch: Muskeln, Sehnen, Wirbelsäule »aushängen«, fünf bis zehn Minuten.

Unbedingt achten sollte man auf regelmäßige Dehn- und Stabilisierungsübungen für Bauch und Rücken. Auch gut: Liegestütze – und immer eine mehr! Ich bin gerade bei 41.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

ES IST GEFÄHRLICH, RECHT ZU HABEN, WENN DIE REGIERUNG UNRECHT HAT. VOLTAIRE

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 87. Ausgabe ab Samstag, 23. April 2022. | Redaktionsschluss war am 21. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Jill Sandjaja, Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 88 erscheint am 30. April 2022.